Nr. 206. Donnerstag den 5. September 1895. 2. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4076) vierteljährlich mit der „Neuen Welt" 2.25 Mk., für 2 Monate 1.50 Mk., für 1 Monat 75 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Chefredaktion: **Dr. Bruno Schoenlank.**

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die **Leipziger Volkszeitung** erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Auf zur Landtagswahl!

Die Wahlen zum sächsischen Landtag sind auf den

☛ 17. Oktober ☚

ausgeschrieben. Die Frist für die Einsicht der Wählerlisten erstreckt sich nur bis

Dienstag den 10. September.

In Leipzig haben der zweite und vierte Wahlkreis zu wählen. Die Socialdemokratie hat einen Sitz zu behaupten, ein zweiter ist zu erobern.

Parteigenossen, Wähler! Es gilt, einen mächtigen Protest zu erheben gegen die Reaktionspolitik der sächsischen Regierung und der Kartellparteien. Jeder Sieg bedeutet einen Schritt weiter auf der Bahn zur Befreiung. Wahret euer Wahlrecht durch Einsicht der Wählerlisten. Agitiert unermüdlich für die Kandidaten der Socialdemokratie

Paul Kleemann

für den 2. Wahlkreis.

Karl Pinkau

für den 4. Wahlkreis.

Leipzig, 5. September.

Wie man es anfassen muß, um, unbekümmert um die freundliche oder feindliche Stellungnahme der Behörden und sonstiger Organe der herrschenden Klassen die Arbeiterinteressen zu vertreten, das haben die Arbeiter Nürnbergs mit gutem Erfolge gezeigt. In Nürnberg war seit längerer Zeit die Gründung eines Auskunftsbureaus für gewerbliche Streitigkeiten, Arbeiterversicherung und sonstige den Arbeiter betreffende Angelegenheiten durch die organisierten Arbeiter geplant. Man war an die Stadtverwaltung mit der Bitte um finanzielle Unterstützung, die sich schon durch die Ersparnis an Arbeitslast für die einzelnen Behörden rechtfertigte, herangetreten, aber die bekanntlich über den Parteien schwebende „freisinnige" Stadtverwaltung hatte es abgelehnt, derartige „einseitige", von einer Partei ausgehende Unternehmungen zu unterstützen und hatte dann beschlossen, der Einrichtung einer derartigen städtischen Behörde in dem bekannten, bei Angelegenheiten, die das kapitalistische Interesse nicht betreffen, beliebten Tempo „näher zu treten". Die Arbeiter aber hatten alle Ursache, diesem stadträtlichen Eifer nicht zu viel zuzutrauen, und so übernahmen sie die Einrichtung des geplanten Arbeitersekretariats auf eigene Kosten und stellten gegen Ende vorigen Jahres in der Person des Genossen Segitz den Mann ihres Vertrauens an, ohne weiter die städtischen Behörden mit dieser Angelegenheit zu belästigen.

Wie gut diese Einrichtung auch ohne die Unterstützung einer hochpreislichen Stadtverwaltung sich bewährt hat, dafür giebt der kürzlich veröffentlichte Rechenschaftsbericht für das erste Halbjahr 1895 Zeugnis.

In diesen 6 Monaten begehrten 3292 Personen (seit Bestehen — 1. November 1894 — 4206) die Hilfe des neuen Instituts, und zwar nicht nur in Arbeiterfragen specieller Natur wie Gewerbeordnung, Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung in Vereins- und Versammlungsangelegenheiten, sondern auch — eine Vorbeugung gegen die Ausbeuterthätigkeit sogenannter Rechtskonsulenten — in bürgerlichen (Vermögens-)Streitigkeiten und Strafsachen. 2385 Gegenstände wurden durch mündliche Auskunft erledigt, 508 Personen an Anwälte gewiesen, 399 Fälle blieben bei dem Bureau anhängig. Ferner wurden 600 Schriftstücke gefertigt, und 336 Schriftstücke gingen hinaus.

Vorwiegend handelte es sich um Fragen der Arbeiterversicherung. Unsere Unfallversicherung, die in Unternehmerhänden organisiert ist und nicht leicht ohne Prozeß eine gesetzlich zureichende Leistung gewährt, stand natürlich an der Spitze. Sie lieferte 546 Fälle, von denen noch 118 zu Ende Juni anhängig waren.

Die Arbeiter klagen sehr über die Art der Festsetzung der Rente und die Thätigkeit der Vertrauensärzte. Abgesehen von deren Abhängigkeit von den Berufsgenossenschaften, die sie leicht zu Ungunsten der Versicherten beeinflussen kann, ist das Urteil des Arztes, das notwendig ein rein theoretisches ist, in Fragen der Erwerbsfähigkeit entschieden unzureichend und der Korrektur durch fachkundige Praktiker bedürftig. Trotzdem lassen auch gegenüber solchen unparteiischen Fachleuten die Unfallschiedsgerichte nur die ärztlichen Gutachten gelten. Aehnlich wird auch geklagt über die medico-mechanischen Heilanstalten, die mit der Absicht, das verletzte Glied möglichst rasch wieder gebrauchsfähig zu machen, wohl auch, um Simulationen entgegenzuwirken, zu sehr kräftigen und schmerzhaften Kuren, die oft in keinem Verhältnis zu dem erzielten Erfolge stehen, ihre Zuflucht nehmen. Als „Folterkammern" werden sie von Arbeitern bezeichnet.

Die Fälle aus dem Gebiete der Invaliditäts- und Altersversicherung zeigten eine große Rechtsunkenntnis namentlich ländlicher Behörden wie auch zahlreicher Rentenberechtigter selbst, die auf diese Weise ihres Rechts sich nicht bedienen.

382 Fälle betrafen die Erwerbsthätigkeit der Arbeiter: die Fragen der Gewerbeordnung, wie Entlassung und Austritt aus der Arbeit, Accordarbeit, Lohneinbehaltung, Strafen. Diese Fälle wurden meist durch mündliche Auskunft erledigt. Die Sachkunde des Sekretariats vermochte vielen Rechtsstreitigkeiten vorzubeugen, auch durch Aufklärung der Unternehmer über ihre gesetzliche Pflicht. Mit Recht bedauert der Bericht das Fehlen von Gewerbegerichten für die auf dem Lande belegenen Betriebe. Er rügt den Mangel an prozeßfähigen Vertretern für Minderjährige auch in der Stadt wie die Neigung einzelner Schreiber des Gewerbegerichts zur ungesetzlichen Abweisung von Klagesachen.

Manche Fälle wurden auch von Behörden an das Sekretariat gewiesen, wie überhaupt der Verkehr mit den Behörden, insbesondere auch das Entgegenkommen der Fabrikinspektion gerühmt wird. Man ist auch in Nürnberg noch nicht so ganz sächsisch, um den Verkehr mit Organisationen der Arbeiterschaft kurzerhand „vornehm" abzulehnen.

Eine weitere Thätigkeit des Sekretärs besteht in der Statistik. Er verfolgt die Entwicklung und die Thätigkeit der Gewerkschaften, die Arbeitseinstellungen und andere

Feuilleton.

2] Nachdruck verboten.

Zwei Freunde.

Von **Henrik Pontoppidan.**

Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Laura Heldt.

„Der Herr Konsul können überzeugt sein," fuhr der Redakteur fort, „daß die Stiftszeitung ihre Abonnenten sofort von den wirklichen Geschehnissen unterrichten wird. Aus dem gestrigen Extrablatt werden Sie ersehen haben, daß die Truppen seit Donnerstag konsigniert sind, daß man Patronen unter die Mannschaften verteilt und Batterien vor allen Schlössern aufgestellt hat. Ohne mich einer Indiskretion schuldig zu machen, glaube ich hinzufügen zu können, daß die Autorität — die militärische sowohl als die civile — im ganzen genommen fest entschlossen ist, jeden Auflehnungsversuch ohne die geringste Schonung sofort im Keime zu ersticken."

„Bravo!" rief der Konsul, wischte sich mit der Serviette das Kinn ab (der Barbier hatte soeben durch eine linkische Verbeugung zu verstehen gegeben, daß er fertig sei) und stand auf. „Ja, Gott sei Dank! Endlich haben wir eine starke Regierung, die sich nicht fürchtet, ihre Macht zu zeigen. Wenn sie nur fortfährt, sie zu gebrauchen, dann werden wir hier im Lande bald von all dem Pack befreit sein, das in der letzten Zeit so plötzlich in die Höhe geschossen."

„Ja, laßt sie nur gehörig darauf losknallen," schnaufte der Oberlehrer, der sich ebenfalls erhoben hatte und sich nun vor dem Spiegel abtrocknete. „Davor haben Sie Respekt. Und daß man nur die Anführer nicht vergißt, die Kerle sind wahrlich nicht zu gut zum Kanonenfutter."

In diesem Augenblick erhob sich der Mann drüben am Fenster und schlich zur Thür.

„Sie gehen, Herr Hansen?" frug der Barbier verwundert. „Ich meinte, Sie wollten sich rasieren lassen!"

„Nein, danke sehr; ich habe keine Zeit mehr," antwortete er kurz und war im selben Moment verschwunden.

Die Zurückbleibenden sahen sich erstaunt an.

„Zum Kuckuck!" unterbrach der Konsul zuletzt, „was war mit Hansen? Ich glaube meiner Seel', ihm ward übel! Er war ja ganz blaß! Oder . . . er sollte doch wohl nicht — ich kann doch kaum glauben, daß . . ."

„Herr Hansen hält das Morgenblatt, Herr Konsul!" flüsterte der Barbier vertraulich und näherte sich ihm, die Hand an den Mund legend. „Ich weiß es ganz bestimmt . . . Einer seiner Gesellen abonniert für ihn und bringt ihm die Zeitung jeden Abend . . . Ich erfuhr es von meinem Neffen, der den Gesellen kennt."

„Hansen?" rief der Konsul und schlug die Hände über dem Kopfe zusammen. „Aber — du himmlische Güte! — sind die Menschen denn ganz verrückt geworden in der letzten Zeit? . . . Und es war just Hansen, dem der Hafenausschuß vor acht Tagen die große Bestellung übergab. Hat er den Verstand verloren? Woran denken diese Menschen eigentlich?"

Drüben vom Fenster ertönte plötzlich die bestürzte Stimme des Lehrjungen:

„Da kommt Pastor Hornung!"

Wie von einer unsichtbaren Gewalt getrieben, wandten sich bei diesen Worten alle der Straße zu.

Und wirklich! — auf dem gegenüberliegenden Trottoir näherte sich des Pastors hohe, magere Gestalt; seine Schritte klangen fest, als ginge er auf Holzsohlen. Er war ein Mann in den Fünfzig, dürftig, fast armselig gekleidet, mit einem faltenreichen, bartlosen Gesicht, das infolge einer stark hervortretenden Unterlippe und kleiner, des eindringenden Lichtes wegen meist zugekniffener Augen, einen abstoßenden Ausdruck von Selbstbewußtsein erhielt. Seine ungewöhnlich steife Haltung und der militärische Gang trugen hierzu noch um vieles bei. Die eine unbehandschuhte Hand lag geschlossen hinten auf dem Rücken, mit der anderen umfaßte er einen großen baumwollenen Schirm, mit dem er bei jedem Schritte heftig auf das Pflaster stieß.

„Großschnauziger Bauer!" schnarrte der Oberlehrer verächtlich vor dem Spiegel.

„Ja, wäre es nicht seiner verhungerten Kinder wegen," stimmte der Konsul mit ein, „dann könnte man wirklich wünschen, daß ihm nach dieser Geschichte mal ordentlich der Kopf gewaschen werde. Und das wird wohl auch geschehen! . . . Ja, ja, das wird schon noch geschehen!"

II.

Pastor Hornung schritt weiter die Straße entlang und fuhr fort, überall ein Gegenstand wenig schmeichelhafter Aufmerksamkeit zu sein. Sobald er vorübergegangen, fuhren die Leute ans Fenster und schauten ihm mit weitaufgerissenen Augen nach, und vor ihm zogen sich die Kaufleute in ihre Läden zurück, um ihn vor den anderen, von denen sie beobachtet wurden, nicht grüßen zu müssen.

Beim Ueberschreiten des kleinen Marktplatzes vor dem Rathause trat der Polizeimeister des Städtchens gerade heraus mit einem Protokoll unter dem Arme. Es war ein kleiner, runder, glattrasierter Mann, der eine so große Aehnlichkeit mit dem Oberlehrer hatte, daß man ihn für seinen Zwillingsbruder halten konnte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

das sociale Interesse der Arbeiterklasse betreffende Erscheinungen. Zu bemerken sind die Bestrafungen wegen Verrufserklärung, Erpressung, Mißhandlung im Anschluß an Streikbewegungen, die einerseits das sehr scharfe Maß, mit dem Arbeiter in ihren Kämpfen gemessen werden, andererseits auch die Pflicht zur besonnenen und würdigen Durchführung der Arbeitsstreitigkeiten erhärten.

Auf immer mehr Gebieten zeigt sich die Unfähigkeit der herrschenden Mächte, den bescheidensten Ansprüchen der Sociakreform und der Arbeiterinteressen zu genügen. Hier fehlt es an der Kraft, dort am guten Willen. Die Arbeiter selbst müssen daher ihre Angelegenheiten zu regeln suchen. Sie müssen, wenngleich oft genug unzulänglich, die Zweige der Verwaltung und Statistik übernehmen, bei denen die Behörden versagen. Damit bereiten sie sich zugleich vor zu der schweren Aufgabe der gesellschaftlichen Leitung, die ihnen die Zukunft auferlegen wird. Ihre Schale senkt sich, während die der staatlichen und bürgerlichen Organe mehr und mehr zu leicht befunden wird. Und so möge der dankenswerte und erfolgreiche Versuch der Nürnberger Arbeiterschaft, der bereits vielfaches Interesse in socialpolitischen Kreisen erweckt hat, überall, wo die Arbeiterschaft die Mittel und Kräfte besitzt, nachgeahmt und die Einrichtung des Arbeitersekretariats zu einem wesentlichen Bestandteile unserer gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung werden.

Politische Uebersicht.

Der kürzlich erschienene neunte Jahrgang des statistischen Jahrbuchs für das japanische Reich (Résumé statistique de l'Empire de Japan, Tokio 1895) enthält die Ziffern für die Jahre 1892 u. 1893. Danach sind 60 Prozent der Landwirte Grundbesitzer, 40 Prozent Pächter. Ueber die Hälfte der kultivierten Fläche, 2769469 Tschu (Gesamtfläche 5081005 Tschu, 1 Tschu = etwa 1 Hektar) ist mit Reis bebaut; dann kommen Gerste mit 653443, Roggen mit 65411, Weizen mit 436445, Thee mit 389301 Tschu. Mit Kartoffeln sind nur 21961, mit Rüben dagegen 243180 Tschu besetzt, mit Baumwolle 71431, mit Rohrzucker 15226 Tschu.

Japan, dessen feudale Wirtschaftsverfassung mit unheimlicher Geschwindigkeit sich zersetzt hat, entfaltet treibhausmäßig die kapitalistische Produktion. Der Bergbau, so wichtig für jede heimische Industrie, hat sich sehr gehoben. 1887 wurden nur 344017 Kwan Steinkohlen, 1892 aber 848092 Kwan gewonnen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Golderzeugung von 9515 auf 12738 Unzen, die Silberproduktion von 948810 auf 1640563 Unzen. Es wurden 1887 2947000 Kwan Kupfer gefördert, 1892 5461767 Kwan, Eisen 1887 3179000 Kwan, 1892 4654000 Kwan. Auch das Eisenbahnnetz dehnt sich stetig aus; es existierten 1893 2039 englische Meilen, davon 557 staatliche Linien waren.

Die Kinderaussetzung spielt in Japan noch immer eine erhebliche Rolle. 1887 wurden 5777, 1892 4958 Findlinge verpflegt. Die Selbstmordziffer stieg von 5823 (1.47 auf 10000 Einwohner) auf 7499 (1,82), darunter eine sehr hohe Zahl von Frauen (2830), die Morde erhöhten sich von 726 auf 1092, die Todesfälle durch Verunglückung von 9984 infolge von Erdbeben in dem betr. Jahre auf 19514.

Japan ist in die Reihe der kapitalistischen Staaten eingerückt, sein Handelskrieg mit China hat ihm neue Mittel verschafft, seine Stellung als Seemacht befestigt. Wie lange wird es dauern, daß die nach Japan aus Europa eingeführte Civilisation des Mehrwerts, der gelbhäutige Kapitalismus, dem Abendlande einen tödlichen Wettbewerb macht?

Deutsches Reich.

Der neue Umsturzrummel.

Die Rede des Kaisers hat den Organen der brutalen Unterdrückungspolitik willkommenen Stoff zu einem neuen nationalen und ordnungsfreundlichen Entrüstungsstürmlein geboten. Der Protest, den eine mächtige Partei der Sedanfeier und dem ganzen System, dessen Verherrlichung sie dienen soll, entgegengestellt hat, hat die Festesfreude durch bittere Wehrmutstropfen den Unternehmern des Patriotismus übel vergällt, und nun werden einzelne Versehen oder Ungeschicklichkeiten der Form herangezogen, um aufs neue, wie das mehrmals geschehen ist, die leicht bewegliche Menge der Gedankenlosen und vom Augenblick Erregten in verhängnisvolle Maßnahmen hineinzutreiben.

Die Mittel aber, mit denen man den verhaßten Feind zu Schanden machen möchte, sind nicht so ganz einfach zu finden. Kurz und bündig wird die Sache von dem Organ des ehemaligen „Staatsmannes" v. Bennigsen, dem Hannoverschen Kurier, erledigt. Er sagt:

Der Feind ist klar gezeichnet. Ebenso klar muß unser Vorgehen gegen ihn sein. Mit Viertels- und halben Maßregeln ist da nichts gethan. A corsaire corsaire et demi (auf einen Schelmen anderthalber). Auch in dem Kriege, der der Nation hier aufgedrungen ist, gilt die sieghafte Weisheit des Marschall Vorwärts: ohne Schleichwege und Umwege direkt los aufs Ziel.

Wo steht der Feind? Der Feind? Dahier!
Den Finger drauf, den schlagen wir!

So allgemein bei den nationalen Organen dieser Wunsch, „den Feind zu schlagen", verbreitet ist, so sehr weichen sie voneinander ab, sobald es sich um die Maßregeln zur Erreichung des gesteckten Zieles handelt. Die Herren vom Profitmachertum suchen natürlich die künstliche Erregung zu ihren verschiedenartigen Zwecken auszunützen und an dem nationalen Feuer ihr jeweiliges Süpplein zu kochen. So nutzen die agrarisch-konservativen Organe die Bewegung für ihre besonderen Partei- und Klasseninteressen aus. Die Deutsche Tageszeitung ist mit einem Vorgehen gegen die Umstürzler einverstanden, macht aber zur Bedingung, daß der Mittelstand — lies Großgrundbesitz — vorher aus seiner „Not" gerettet werde. Demgegenüber bläst die Kölnische Zeitung, die den industriell-kapitalistischen Flügel der Ausbeutervereinigung vertritt, die entgegengesetzte Melodei.

Sie führt aus:

Einer allgemeinen, alle Berufsstände zusammenschließenden Aktion steht heute vor allem die Haltung der Konservativen entgegen, die nur in der reinsten Interessenpolitik leben und deshalb jede Einigung auf dem Boden des allgemeinen Wohles unmöglich machen.... Das beste und zweifelsohne wirksame Mittel hierzu würde aber darin bestehen, daß man den konservativen Verwaltungsbeamten, die sich jetzt in den Dienst der Agrardemagogie stellen, nachdrücklich und nötigenfalls empfindlich klar machte, daß es auf dem betretenen Wege nicht weiter geht und daß man wählen muß zwischen Feuer und Wasser, zwischen einer gewissenlosen Demagogie und der amtlichen Stellung, aus der man bisher die Mittel zog, um die Opposition zu fördern.

Dem Sinne nach ähnlich äußert sich das ehemalige Pindter-Blatt, die Nordd. Allgem. Ztg.:

Wir weisen für heute, gegenüber bedenklichen Symptomen, die sofort wieder auftauchen, mit Ernst darauf hin, daß Anklagen gegen frühere angebliche Mißgriffe der Regierung uns nichts helfen und nichts fördern können, daß wirtschaftliche Reformmaßnahmen, um bestimmte Schichten des Volkes der socialdemokratischen Aufwühlung schwerer zugänglich zu machen, eine für sich fortbestehende Aufgabe der Regierung bilden, daß als die Arbeit aber, zu der wir unmittelbar aufgeboten sind, die Niederkämpfung der auf die Verwüstung der vaterländischen und monarchischen Gesinnung des deutschen Volkes abzielenden socialdemokratischen Hetzpropaganda dasteht. Und niemand mag sich Rechnung darauf machen, als Patriot zu gelten, der sich der rückhaltlosen Beteiligung an dieser Arbeit hinter der Coulisse von Privatwünschen und Sonderbestrebungen, die er auch bei dieser Gelegenheit in den Vordergrund schieben und zu deren Besten er die Gelegenheit ausnutzen will, entzieht.

Dasselbe Blatt spricht sich entschieden zu Gunsten der gescheiterten Umsturzvorlage aus. Es hält die Lage jetzt für geklärt und weist „mit Erröten" (Pindters Erben errötend!) den Gedanken zurück, als könne „die ehrliche und vornehme deutsche Wissenschaft" davon mit betroffen werden.

Ein neues Umsturzgesetz verlangt und sofortige Berufung des Reichstags zu diesem Zweck der konservative Reichsbote, während das christlich-sociale Volk bisher schweigt. Die Kölnische Zeitung will von einem neuen Umsturzgesetz nichts wissen. Sie sagt:

Das „Umsturzgesetz", das einige ganz annehmbare und nützliche Bestimmungen enthielt, brach unter diesen Umständen zusammen, und zwar in einer Weise, die seine Wiedereinbringung zur Zeit ganz unthunlich erscheinen läßt. Zu einem neuen Umsturzgesetz würde man nur unter Bedingungen gelangen können, die aller Wahrscheinlichkeit nach größere Nachteile im Gefolge haben würde, als selbst der jetzige Zustand, höchstens könnte das denen Nutzen bringen, die im Trüben zu fischen wünschen.

Die Centrumspresse hält sich zurück. Die Germania ist nicht abgeneigt, einen verstärkten „Schutz der Dynastie" zu gewähren: Die Kölnische Volkszeitung bemerkt:

Man wird in diesen Worten (des Kaisers) nicht den Hinweis auf die Notwendigkeit eines neuen Socialistengesetzes finden, welchen man aus den Artikeln der Nordd. Allg. Ztg. herauslesen wollte. Um so schärfer klingt heraus der Appell an das Heer zu eventuellem Kampfe gegen den inneren Feind. Die Erregung des Kaisers ist namentlich im Hinblick auf die gegen seinen kaiserlichen Großvater gerichteten socialdemokratischen Schmähungen allerdings durchaus begreiflich. Aber andererseits wird die Socialdemokratie bis auf weiteres sich schwer hüten, durch hochverräterische Unternehmungen der Gefahr des Einschreitens der militärischen Macht sich auszusetzen.

Die freisinnigen Blätter lehnen, unter Betonung ihrer nationalen Freude am Sedanfest, neue gesetzliche Zwangsbestimmungen ab.

Die Frankfurter Zeitung tritt derartigen Plänen ebenfalls entschieden entgegen, kann sich aber folgende Bemerkung nicht versagen:

Uebereinstimmung herrscht nur, so weit die socialistischen Hetzereien in Betracht kommen; hier geht die Beurteilung dahin, daß die Socialdemokratie durch ihre Provokation schwer gesündigt, im Grunde aber hauptsächlich sich selbst geschädigt habe. Es sollte uns nicht sehr in Staunen setzen, wenn die socialistischen Führer die Entdeckung machen würden, daß das ganze Unheil das Werk von Lockspitzeln gewesen sei. Wäre dergleichen in Frankreich oder in der Schweiz vorgegangen, würde der Vorwärts längst damit aufgewartet haben, daß die Agents provocateurs wieder einmal an ihrer nichtsnutzigen Arbeit seien.

Mit inniger Freude aber begrüßen die Aussicht auf neue Unterdrückung die Post, das Sprachrohr der Stumm und Genossen. Sie nennt die Kaiserrede ein nicht mißzuverstehendes Signal für alle Organe und Behörden des Reiches und des Staates, ihres Amtes in dem Sinne zu walten, daß die Socialdemokratie außerhalb unserer Volksgemeinschaft steht und als Todfeind mit allen Mitteln des Rechtes auf das äußerste zu bekämpfen sei, und daß die Abwehrmittel, soweit sie nicht genügten, zu verstärken sind. Dazu fordert sie eine Vereinigung aller Elemente von rechts und links.

Und das Mundstück des alten Kettenschmiedes im Sachsenwalde, die Hamburger Nachrichten, frohlocken:

Allen Beteiligten dürfte es immer klarer werden, daß das Fallenlassen des Socialistengesetzes und der Versuch, die Socialdemokratie zu versöhnen, ein großer Fehler gewesen sei. Die socialdemokratische Bewegung sei keine Rechts-, sondern eine Macht- und Kriegsfrage, die nur mit den staatlichen Machtmitteln zu lösen sei.

Ein tolles Treiben! Aber die Socialdemokratie hat schon stärkere Stürme überstanden. Sie weicht keinen Zoll, und sie wird alle neuen Anfechtungen zu Schanden machen wie die alten.

---

* **Berlin**, 5. September. Die Luft weht scharf, die Staatsanwälte rüsten sich zu neuen Thaten, man sucht „Material" für eine Umsturzvorlage. Gestern früh 7 Uhr ist, wie wir schon in der Mittwochnummer meldeten, Genosse Max Pfund, Redakteur des Vorwärts, aus dem Bette heraus verhaftet worden. Die Nummern 191 und 204 des Vorwärts sind nachträglich — spät kommt es, doch es kommt — beschlagnahmt worden. Die Beschlüsse lauten:

1. Beschluß: In Sachen gegen die Redakteure Max Pfund und J. Dierl wegen Majestätsbeleidigung wurde die Beschlagnahme der ersten Beilage der Nr. 191 zum Vorwärts, Berliner Volksblatt, vom 17. August, wegen des auf Seite 1, Spalte 3, abgedruckten Artikels: Ein dynastisch-militärisches Fest u. s. w., und des Hauptblattes der Nr. 204 des Vorwärts, Berliner Volksblatt, vom 1. September 1895, wegen des Leitartikels: Sedan und kein Ende angeordnet, und zwar auf Grund des § 95 des Strafgesetzbuchs bezüglich der ersten Druckschrift, auf Grund des § 185 bezüglich des letzten Artikels, bezugnehmend auf § 23 des Reichspreßgesetzes. Berlin, den 3. September 1895. Königl. Amtsgericht, Abt. 125. (gez.) Werler.

2. Beschluß: In der Strafsache gegen den Redakteur J. Dierl wegen Majestätsbeleidigung wird die 1. Beilage der Nr. 204 des Vorwärts, Berliner Volksblatt, vom 1. September 1895, wegen des Artikels auf der ersten Seite: Ueber die Einweihung der Aegirkirche und des Artikels unter dem Strich auf Seite 1 und 2 in Gemäßheit des § 185 des Strafgesetzbuchs, § 23 und folgender des Reichspreßgesetzes beschlagnahmt, weil in beiden Artikeln Beleidigungen der Veranstalter der Einweihungsfeier bezw. der Erbauer der Kirche gefunden werden. Berlin, den 3. September 1895. Königl. Amtsgericht I, Abt. 125. (gez.) Werler.

Mit Bezug auf die Verhaftung seines verantwortlichen Redakteurs und die Beschlagnahme einiger seiner Nummern teilt der Vorwärts mit, daß gegen die Verhaftung ebenso Beschwerde eingelegt werden wird, wie gegen die Beschlagnahme der Zeitungsnummern. Die in der einen beschlagnahmten Nummer enthaltene Notiz: „Ein dynastisch-militärisches Fest" ist, wie der Vorwärts schreibt, nur der Abdruck eines Artikels aus der ultramontanen Germania, die bisher unbehelligt geblieben ist. —

Der Vorwärts veröffentlicht einen offenbar mehrere Jahre alten Brief des ehemaligen Hofpredigers Stöcker an einen sehr bekannten Führer der konservativen Partei, worin Stöcker seinem Freunde den Vorschlag macht, durch Diskreditierung der Kartellpolitik den Kaiser dem Fürsten Bismarck zu entfremden, was zwar, sobald der Monarch diese Absicht merken sollte, ein gefährliches Spiel sein würde, aber insofern Chancen eines Erfolges biete, als der Kaiser selbst einmal gesagt habe: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen und dann selbst regieren." Auch der Fürst Bismarck habe gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behalten werde. —

Nicht bloß der Berliner Bürgermeister Kirschner, auch der Generaloberst von Loë, Kommandeur der Marken, hat am 2. September, am Tage der Kaiserrede, die politisch-socialen Gegensätze gestreift. In einem Trinkspruche auf die Berliner, deren Todesverachtung und unerschütterlicher Humor sich in dem Brandenburger Armeecorps während des Krieges bewährt habe, sagte er: „Es ist eine gute, alte deutsche Sitte, daß wir, wenn's uns gut geht, uns zanken; aber das schadet nichts. (Großer Beifall und Heiterkeit.) Trotzdem, wenn man es wieder draußen versuchen wird, uns anzugreifen, werden wir zeigen, daß überall und immer, bei Arm und Reich, in allen Berufszweigen und Bekenntnissen der Geist von 1870/71 lebt, und wir alle bereit sind, für das Vaterland zu sterben." —

Präsident des Reichspatentamtes soll Geheimrat v. Huber vom Reichsamt des Innern werden, ein Bayer, der bei den Agrariern als Handelsvertragsmann gar unbeliebt ist. —

Die „ruppige Kameel"-Inschrift weckt die Erinnerung an die Vorgänge vor dem ablehnenden Beschlusse der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Der **Oberhofmeister der Kaiserin**, Freiherr von Mirbach, suchte durch die Künste seiner Ueberredung die Stadtväter für die Zusage zu gewinnen. Er sprach u. a. auch persönlich bei dem socialdemokratischen „Juden" Singer und dem socialdemokratischen Hutmachergesellen Borgmann vor und bat um Gewährung der 300000 Mark! —

Die am Sedantage verboten gewesene Protestversammlung des ersten Berliner Wahlkreises fand gestern statt, war stark besucht und verlief musterhaft. Der Abgeordnete Auer sprach über das Thema: „Warum beteiligen sich die Socialdemokraten nicht an der Sedanfeier?" —

Die Köllersche Berliner Korrespondenz schreibt: Vom Staatsrate war zur Erleichterung der schwierigen Lage der Landwirt-

---

Pastor Hornung griff an seinen breiten Hut, um wie immer zu grüßen. Aber anstatt eines Gegengrußes warf ihm der Polizeimeister einen so unverschämten, haßerfüllten Blick zu, daß der Pastor unwillkürlich erblaßte.

Einen kurzen Augenblick lang brachten die Ueberraschung und der Zorn ihn fast aus dem Gleichgewicht; dann aber setzte er ruhig seinen Weg fort, ja versuchte sogar überlegen zu lächeln, obgleich sein Mund noch in heftiger Gemütsbewegung zitterte.

Daheim in seiner Studierstube angelangt, öffnete er sofort die Thür, die zu den übrigen Zimmern führte und rief hinein, ob der Briefträger noch nicht dagewesen sei.

Eine Schar Kinderstimmen antwortete aus der Ferne: „Nein!"

Da schloß er wieder die Thür und begann in heftiger Erregung auf den vielen verschiedenartigen Teppichstücken hin und her zu gehen, die dort hingelegt, um den Schall seiner schweren Schritte zu dämpfen.

Auf dem alten Mahagonipult vor dem Fenster lag ein Manuskript — der Anfang seiner Osterpredigt — und wartete auf die Fortsetzung. Aber in diesem Augenblick konnte er sich nicht damit beschäftigen. Sein Kopf war zu voll von kummervollen Gedanken, die mit dem Auferstehungsevangelium nichts gemein hatten. Er dachte an den giftigen, haßerfüllten Blick des Polizeimeisters, der ihm gleichsam noch im Antlitz brannte; aber am häufigsten und mit steigender, innerer Unruhe dachte er an die Gerüchte, die auch ihm an diesem Morgen zu Ohren gekommen waren, Gerüchte von den Aufruhrsversuchen in Kopenhagen und dem Einschreiten des Militärs. Er wollte nicht glauben, daß es sich wirklich so verhielt. Er hatte so fest darauf gebaut, daß die Bevölkerung sich zu keinerlei Gewaltthat werde hinreißen lassen, sondern die Botschaft von dem geschehenen Gesetzesbruch mit all der Ruhe und Würde hinnehmen, die allein dazu im stande war, die übermütigen Machthaber zur Besinnung zu bringen.

Aber vielleicht war die Gärung dennoch zu stark gewesen!

Wie überwältigt von Kummer und Abspannung warf er sich in einen langen Korbstuhl, der in der einen Ecke des halbdunklen Zimmers stand, und versank in tiefe Gedanken. Dann wieder erhob er sich hastig und blickte wohl zum zwanzigstenmal ungeduldig auf die Uhr.

Wo blieb doch heute der Briefträger?

In demselben Moment läutete es draußen an der Entreethür.

Endlich!

Eine Minute später stand Pastor Hornung am Fenster mit der Volkszeitung in der Hand und überflog in aller Eile die Telegramme aus Kopenhagen. Aber es stand nichts darin, weder vom Aufruhr, noch vom Einschreiten des Militärs.

Da ergriff er die Stiftszeitung, die bisweilen Specialtelegramme enthielt; aber auch hier fand er nichts. „Alles ruhig", „Bevölkerung ruhig", stand überall.

„Gott sei Dank!" rief er ganz laut. Und in Gedanken setzte er hinzu: „Der Herr ist mit uns; jetzt weiß ich bestimmt, daß er die Sache des dänischen Volkes siegen lassen wird!"

Ruhig und erleichtert setzte er sich dann an den Tisch um die übrigen Briefschaften durchzulesen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schaft auch die baldige Einführung der auf den östlichen Bahnen geltenden niedrigen Staffeltarife für Vieh auch für alle übrigen Landesteile befürwortet worden. Das Staatsministerium hat in Uebereinstimmung mit dem Staatsrate und im Interesse der Förderung und Erleichterung des Viehverkehrs für die allgemeine Einführung der auf den östlichen Bahnen bestehenden niedrigen Viehtarife sich entschieden. Die Durchführung der Maßregel steht für den 1. Oktober bevor. —

Das Reichsversicherungsamt hat den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten das Ergebnis der Rentenverteilung für das Jahr 1894 zugestellt. Danach betrugen die Invalidenrenten in dem genannten Jahre schon etwa 29 Prozent der Rentenzahlungen überhaupt. Es wurden insgesamt 34,6 Millionen an Renten gezahlt, wovon 24,4 Millionen auf die Alters- und 10,2 Millionen auf die Invalidenrenten entfielen. Von den Altersrentenzahlungen wurden vom Reiche 9,6 Millionen, von den Versicherungsanstalten 14,8 Millionen, von den Invalidenrenten vom Reiche 4,2, von den Versicherungsanstalten 6 Millionen erstattet. Legt man bei einer Vergleichung der Belastung der einzelnen Bundesstaaten die Bevölkerungsziffern vom 1. Dezember 1890 und die Zahl der nach der Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 als versicherungspflichtig anzusehenden Personen zu Grunde, so ergiebt sich, daß für Preußen auf den Kopf der Bevölkerung an Rentenzahlung 78,9 Pfg., auf den der versicherungspflichtigen Bevölkerung 339,0 Pfg., für Bayern 60,5 bezw. 254,7 Pfg. entfallen. Größer sind nur die bezüglichen Zahlen für die beiden Großherzogtümer Mecklenburg; in den übrigen Bundesstaaten sind sie niedriger als in Preußen. Für das ganze Reich stellt sich durchschnittlich das Verhältnis auf 70,1 und 302,8 Pfg. —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde Mittwoch vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I gegen den Coupletsänger Richard Weise verhandelt. Der Angeklagte ist Verfasser eines Couplets, betitelt: „Der Kampf für Ordnung, Sitte und Recht.“ Er hat es besonders in socialdemokratischen Kreisen zum Vortrag gebracht. Es werden darin ironisch die bestehenden Verhältnisse beleuchtet und der Nachweis versucht, daß gerade in den „höheren“ Kreisen gegen Ordnung, Sitte und Recht verstoßen werde. Es befindet sich auch darin eine Anspielung auf eine Aeußerung des Kaisers zu den Truppen, und hierin erblickte die Anklagebehörde eine Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte wurde vom R.-A. Dr. Morris verteidigt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren, der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Der Wind weht scharf. —

Die Torpedoboote werden in diesem Jahre vom Unglück verfolgt. Das Torpedoboot S 55 hat — eine Aufgabe, die doch für Torpedoboote nicht vorgeschrieben ist — auf dem Rhein an der Sedanfeier am Niederwald-Denkmal teilgenommen. Seit Sonnabend wurde ein Matrose des Torpedobootes vermißt. Die Vermutung, daß er in den Rhein gefallen und ertrunken sei, hat sich leider bestätigt. Die Leiche wurde bei Neuendorf gelandet. Das Torpedoboot ist nach Wilhelmshaven weitergefahren. —

Die Agrarier sind üppig. Die Bundeskorrespondenz schreibt: Der Sieg, der völlige Sieg der Agrarier ist nur eine Frage der Zeit. Wir haben neulich lediglich sagen wollen, daß zur Erreichung dieses Zieles ein Rücktritt des Herrn Reichskanzlers durchaus nicht erforderlich ist und auch nicht in unseren Wünschen liegt. Wie gütig!

Die konservative Partei fühlt die Notwendigkeit, gegenüber der Agitation des Bundes der Landwirte, die ihr immer mehr den Boden abzugraben droht, die Organisation in konservativen Wahlkreisen lebenskräftiger zu gestalten. Die parteioffiziöse Konservative Korrespondenz kündigt an, daß Landes- und Provinzialparteitage zusammentreten sollen zur Schaffung eines lückenlosen Vertrauensmännersystems und eines dauernden Zusammenschlusses zwischen Wählern und Gewählten. Dann heißt es:

In gewissen Zeitungen wird heute wieder viel darüber gefabelt, daß die konservative Partei eigentlich nur eine Interessenvertretung bilde, daß sie insonderheit nichts als eine „rein agrarische“ Partei sei. Diese Fiktion kann nur aus dem Grunde noch Glauben finden, weil in den Provinzen das Leben innerhalb der konservativen Partei vielfach stagniert und die Agitation nicht selten den Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte überlassen worden ist. Das ist ein Fehler, der sich früher oder später an unserer Partei rächen könnte.

Dies Selbstbekenntnis von der Stagnation in der konservativen Partei ist jedenfalls von ganz besonderem Interesse. Der Alarmruf vor dem Bunde der Landwirte ist leicht zu verstehen. Die Fonds der konservativen Partei schrumpfen ein, da die Mittel, die ihr sonst zuflossen, zum Teil den Bündlern zugewendet werden. Moses und die Propheten!

Gegen den Postassistentenverband wird neuerdings wieder das Mittel der Maßregelung und Versetzung angewandt. So sind, wie das Organ des Verbandes berichtet, vor kurzem aus Liegnitz binnen wenigen Wochen acht nicht angestellte Postassistenten, die Verbandsmitglieder sind, von dort versetzt und mehrere von ihnen dadurch schwer geschädigt worden. Der eine war erst 5 Monate vorher auf eigene Kosten von Berlin dorthin gegangen, weil in Liegnitz seine Eltern wohnen. Ein zweiter wurde, ebenfalls, um zu seinen in Liegnitz lebenden Eltern zu kommen, erst vor 4 Monaten auf seinen Wunsch und gleichfalls auf eigene Kosten von Straßburg i. E. nach Liegnitz versetzt, wobei er obenein noch dem Ersatzmann für die bisherige Straßburger Dienststelle die Reisekosten dorthin vergüten mußte. Und jetzt, nach kaum 4 Monaten, wurde er von Liegnitz wieder fortversetzt und ein Gesuch um Rückgängigmachung seiner Versetzung kurzerhand zurückgewiesen. Ein dritter jedoch wurde von dem Postdirektor Holland geradezu gefragt, ob er dem Verbande angehöre, und ihm, als er dies bejahte, sofort eröffnet, daß er aus Liegnitz versetzt werden würde, was denn auch thatsächlich alsbald geschah. Ferner wurden auch auf verschiedenen anderen Postämtern, wie z. B. in Görlitz und Jauer, die Postassistenten gefragt, ob sie Verbandsmitglieder seien. So arbeiten die Socialpolitiker Stephan und Fischer.

Aus dem Plaidoyer des ersten Staatsanwaltes Ruckser in Bochum, gehalten in dem mit Freisprechung des Redakteurs der Herner Zeitung endenden Münterprozesse (siehe den Bericht der Leipziger Volkszeitung in Nr. 197 vom 26. August), ist noch folgender Satz nachzutragen:

Jedermann, der Herr Verteidiger ausgenommen, wird, wenn er ohne Erregung ist, einsehen, daß es ein **Unterschied ist, ob man Leute niedrigsten Standes mit Schimpfworten belegt, oder andere.**

Man traut, schreibt die Frankf. Zeitung, seinen Ohren kaum, derartiges zu vernehmen in einer Zeit gewaltiger socialer Gärung, in einer Zeit, da das eifrigste Bestreben aller einsichtigen Staatsmänner wie aller Einsichtigen überhaupt darauf gerichtet ist, den berechtigten Beschwerden der unteren Volksschichten über ihre sociale Lage abzuhelfen. Welch einen Eindruck muß es auf diese Klassen machen, wie muß es der ernsten socialen Arbeit hemmend entgegenwirken, wenn aus dem Munde eines hochgestellten Beamten der Justiz solche Aeußerungen fallen! Welche Wirkung müssen solche Worte ausüben auf das Rechtsbewußtsein des Volkes und seine Achtung vor den Gerichten, die nach dem Zugeständnis des Herrn Justizministers Schönstedt überhaupt stark gesunken ist! Und welche Lehren werden erst die Polizeibeamten aus einer solchen Aufstellung ziehen, die, gewollt oder nicht, der Proklamierung einer Schimpffreiheit gegenüber armen Leuten ganz bedenklich ähnlich sieht?

Immer neue Unglücksfälle in der deutschen Kriegsmarine. Beim Herausschleppen von Schießscheiben nach der Eckernförder Bucht kenterte ein Boot. Zwei Matrosen ertranken.

Zu dem Haltenlassen des Harmonikazuges in Gerstungen, um dem Bezirkskommissar v. Strantz die rechtzeitige Heimkehr von einer Kneiperei zu ermöglichen, erklärte die königl. Eisenbahndirektion Erfurt, daß der D-Zug, und zwar zur Vermittelung des Abendverkehrs aus Kassel, in Gerstungen fahrplanmäßig zum Aussteigen zu halten habe. Auf eine vom Regierungsrat v. Strantz ergangene telegraphische Anfrage habe ein Bedenken nicht vorgelegen, bei diesem Zuge ausnahmsweise auch das Einsteigen zu gestatten. Das gleiche würde auch anderen Personen gegenüber geschehen sein. Wirklich? Wie wir mitgeteilt haben, hat sich Herr v. Strantz willkürlich den Titel „Regierungsrat“ beigelegt, während er in Wirklichkeit die Stelle eines Landratssekretärs einnimmt.

z. **Breslau**, 4. September. Gestern sollte hier gegen den verantwortlichen Redakteur der Volkswacht, Genossen Neukirch, verhandelt werden wegen Beleidigung des preußischen Staatsministeriums und der Reichsregierung, begangen durch einen Leitartikel vom 7. Juni d. J. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hatte den erforderlichen Strafantrag ganz richtig gestellt, den Strafantrag des preußischen Staatsministeriums hatten jedoch nur sechs Minister unterschrieben, weshalb das Landgericht gestern die Sache mit der Motivierung, daß das preußische Staatsministerium nicht eine derart kollegial organisierte Körperschaft sei, um durch einzelne Mitglieder in solchen Fällen vertreten werden zu können, vertagte und den Staatsanwalt Gelegenheit gab, die fehlenden Unterschriften schleunigst einzuholen. Auf daß dem Staat kein Schade geschieht.

In Haynau tagte am letzten Sonntag eine gut besuchte Konferenz der socialdemokratischen Partei des Wahlkreises Liegnitz-Haynau-Goldberg. Aus den Verhandlungen bemerkenswert sind die auf eine vermehrte Agitation, besonders durch öftere Verbreitung kürzerer Flugschriften auf dem Lande, gerichteten Beschlüsse, ferner die endgültige Beilegung der bisher zwischen den Genossen in Haynau und Liegnitz obschwebenden Differenzen. Zum Agrarprogrammentwurf soll in besonderen, in Liegnitz, Haynau und Goldberg stattfindenden Versammlungen, in denen der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Bruhns-Breslau, referiert, Stellung genommen werden.

Das Oberbergamt in Breslau hat nunmehr schärfere Vorschriften zur Ueberwachung des Betriebes der oberschlesischen Steinkohlengruben erlassen. Auch sollen umfangreiche Erhebungen über die etwa vorhandenen Bade-Einrichtungen, Ankleideräume, Abortverhältnisse sowie die Beleuchtung in den Gruben angestellt werden. Das Vorgehen der genannten Behörde soll wesentlich veranlaßt sein durch das große Grubenunglück auf der Gottessegen-Grube in Antonienhütte, dem bekanntlich am 10. Juni d. J. zwanzig Bergleute zum Opfer fielen. Es ist charakteristisch für die eigenartige Auffassung der Behörden von ihren socialen Aufgaben, immer erst dann mit meist noch überaus unzureichenden Schutzvorschriften auf den Plan zu treten, wenn ein größeres Unglück im Betriebe geschehen. Wenn man es jetzt wirklich ernst meinen sollte mit den geplanten Verbesserungen im Bergwerksbetriebe, würde sich ein sehr reiches Feld für die Thätigkeit der Behörde eröffnen und zwar nicht zum wenigsten auf den fiskalischen Gruben Oberschlesiens, die als Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollten, thatsächlich aber und nach jeder Richtung hin noch hinter den auf manchen Privatanlagen herrschenden Zuständen zurückbleiben. Es wird leider wohl auch hier bei dem Anlauf und einigen ganz nett klingenden schriftlichen Erlassen ohne praktische Wirkung bleiben.

München, 4. September. Die Einberufung des Landtags auf einen der letzten Tage des September, wahrscheinlich für den 28. September, steht unmittelbar bevor.

Germersheim, 4. September. Bei der Heimkehr des 17. Infanterie-Regiments vom Uebungsfelde bei Weingarten in die hiesige Garnison am 2. d. M. mittag gegen 12 Uhr konnten verschiedene Mannschaften infolge der tropischen Hitze den Marsch nicht mehr fortsetzen und mußten austreten. Zwei Mann fielen bewußtlos nieder. So berichtet der Pfälzische Kurier. In Württemberg ist bekanntlich angeordnet, daß die Truppen an heißen Tagen um 9 Uhr im Quartier sein sollen. Existiert für Bayern keine ähnliche Vorschrift?

Straßburg i. Els., 4. September. Der Statthalter Fürst Hohenlohe hat im landwirtschaftlichen Kreisverein zu Diedenhofen eine Rede gehalten, worin er betonte, daß die Landwirte auf Selbsthilfe durch Zusammenschluß in Genossenschaften angewiesen seien und von der Regierung eine Unterstützung auf Kosten anderer Erwerbszweige nicht erwarten dürften. Der Statthalter fügte hinzu, er wisse sich darin eins mit dem Kaiser. Dabei regnet es Staats- und Reichs-Liebesgaben für die Junker.

Schweiz.

Basel, 2. September. Der konservative eidgenössische Verein beschloß die Verwerfung des Zündholzmonopols und der Errichtung einer Staatsbank. Bezüglich der Militärorganisation empfiehlt er Neutralität.

Belgien.

In der Brüsseler Indépendance belge (belgische Unabhängigkeit), dem bekannten liberalen Blatte, wird erzählt, daß der Ministerrat eine Erhebung über die hochverschuldeten hohen Beamten beschlossen habe, deren Namen im Anzeiger für Wechselproteste so häufig wiederkehren. Sie sollen veranlaßt werden, ihre Entlassung zu nehmen. ???

Niederlande.

Von G. G. van Kol.

vl. **Amsterdam**, 3. September. Die indischen Blätter teilen mit, daß der Ingenieur erster Klasse, G. G. van Kol, der auch in Deutschland wohlbekannte socialistische Schriftsteller, wegen körperlicher Untauglichkeit aus dem holländischen Staatsdienste entlassen worden ist. Genosse van Kol — er schrieb unter dem Namen Rienzi —, einer der liebenswürdigsten Menschen, ein geistreicher Kopf, hat sechzehn Jahre in Holländisch-Indien gewirkt, und die indischen Zeitungen preisen ihn als einen der besten Techniker für Wasserwerke, die Indien jemals gehabt hat. Der frühere Kolonialminister van Deden sprach in gleichem Sinne von ihm in der Zweiten Kammer, als ein klerikaler Abgeordneter ihm aufforderte, diesen gefährlichen Menschen aus dem Staatsdienste zu entfernen. Genosse van Kol leidet an einer Leberkrankheit, die er sich durch seinen langdauernden Aufenthalt in den Tropen zugezogen hat. Hoffen wir auf seine baldige Wiederherstellung im Interesse der holländischen Socialdemokratie, die alle ihre Kräfte so sehr braucht.

Frankreich.

Eine Wendung im Streik von Carmaux. — Jaurès gegen Dupuy-Dutemps. — Hiobsposten aus Madagaskar.

Paris, 3. September. Im Streik von Carmaux kündigt sich eine wichtige Wendung an. Der Vicepräsident der Glashütten-Gesellschaft von Carmaux, Sirven, hat sein Amt niedergelegt. Sirven gehört zu den größten Aktionären der Gesellschaft und ist zugleich Besitzer einer großen Papierfabrik in Toulouse. Sein Rücktritt wird auf seine Unzufriedenheit mit der provokatorischen Haltung Rességuiers während des Konflikts zurückgeführt. Diese Spaltung im Schoße des Verwaltungsrates der Gesellschaft verstärkt die Aussichten auf einen günstigen Ausgang des Streiks.

Die bereits mitgeteilten Aeußerungen Jaurès' über die politische Frontänderung des Ministers Dupuy-Dutemps hat letzteren zu einem offiziösen Dementi durch die Havas-Agentur veranlaßt. Diesem Dementi gegenüber veröffentlicht nun Jaurès einen offenen Brief an den Minister, worin er, zur Auffrischung des ministeriellen Gedächtnisses, alle Einzelheiten der bezüglichen Zusammenkunft anführt, seine Behauptungen buchstäblich aufrecht erhält, die, wie er „im Interesse des Ministers hofft, nicht mehr werden dementiert werden“ und die Mitteilung der Havas-Agentur für „vollständig der Wahrheit widersprechend“ erklärt.

Zwei weitere Korrespondenzen aus Madagaskar offiziösen oder halboffiziösen Charakters (veröffentlicht von der Havas-Agentur und dem Temps), die über die unglaubliche Zerfahrenheit in der Organisation des Feldzuges und deren mörderische Folgen für die Truppen berichten. Um Wiederholungen zu vermeiden, sei nur die Thatsache hervorgehoben, daß die Zahl der wegen Todesfall und Krankheit dienstunfähig gewordenen Soldaten schon am 5. August nicht weniger als vierzig Prozent betrug! . . . Man begreift daher, daß der Kriegsminister seit einiger Zeit in aller Stille frische Soldaten zur „Verstärkung“ der Expeditionstruppen nach der Seucheninsel einschiffen läßt.

Paris, 5. September. Die Anklagekammer beschloß nach einer nochmaligen Prüfung der Angelegenheit Magnier, sie vor das Schwurgericht zu verweisen.

Die Regierung wird bei der Eröffnung der Kammern einen Nachtragskredit für Madagaskar in Höhe von 40 Mill. Franken fordern. Das Kolonialabenteuer verschlingt ungeheure Opfer an Gut und Blut.

Der Wiederzusammentritt des Parlaments ist, wie bereits mitgeteilt, auf den 22. Oktober festgesetzt worden. Die Regierung wird auf zahlreiche Interpellationen zu antworten haben, so namentlich über die Vorfälle bei dem Glasarbeiterausstand in Carmaux, über die Südbahnangelegenheit und über das Verbot der Stierkämpfe. Hierzu kommt noch die Interpellation des konservativen Pariser Abgeordneten Binder über die Abberufung des Pariser Staatsanwalts Chenest, des Manns mit dem fatalen Schreibfehler im Magnier-Prozesse. An seine Stelle ist übrigens Herr Athalin zum Oberstaatsanwalt in Paris ernannt worden, der in den Anarchistenprozessen gegen Ravachol und Emile Henry die Untersuchung geleitet hat.

Bulgarien.

Sofia, 4. September. Der eine Mörder Stambulows, Georgiew, soll aus dem Gefängnisse entflohen sein. Die gute Polizei, die braven Minister!

Rußland.

Die russische Getreidestatistik.

Während der Stand der deutschen Getreidestatistik gar niedrig ist, haben die Russen diese Sache weit besser geregelt. Jeden Sonntag früh haben sämtliche russische Grenzzollämter aufzusummieren, wieviel Getreide in der abgelaufenen Woche bis Sonnabend abend über die Grenze gegangen ist. Montag früh hat jedes Grenzzollamt das Ergebnis seiner Aufrechnung nach Petersburg an das Handelsministerium zu telegraphieren; Montag mittag macht das Handelsministerium die Gesamtziffer der Getreideausfuhr aus dem ganzen Reiche an der Petersburger Börse bekannt und Montag abend weiß Berlin, London, Newyork und Chicago, wieviel Getreide aus Rußland in der Woche vorher bis Sonnabend abend über die Grenze gegangen ist. Drei Tage später erfolgen specielle Angaben. Am 1. jeden Monats wird von 40 Häfen und Inlands-Centren die Ziffer der Getreidebestände nach Petersburg aufgegeben und 8—10 Tage später weiß es die ganze Welt, wieviel Getreide an allen diesen Stapelplätzen vorrätig ist. Die deutsche amtliche Statistik wird durchgängig erst vier Wochen nach Ablauf des Monats veröffentlicht, auf den sie sich bezieht; sie bringt nur die Einfuhr- und Ausfuhrziffern, aber nicht die Bestände, über die nur private Schätzungen bekannt werden. Die Kenntnis der Vorräte an den Stapelplätzen ist aber für das moderne Getreidegeschäft so wichtig wie die Kenntnis der Ernteschätzungen.

Petersburg, 4. September. In bürgerlichen Blättern liest man: „Die Meldungen über das abermalige Auftauchen der nihilistischen Bewegung werden bestätigt. Am Hoflager in Peterhof sind wieder jene Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, die unter Alexander III. beobachtet wurden. Die kaiserliche Sommerresidenz ist gänzlich abgesperrt und bei den Ausfahrten oder Eisenbahnreisen des Zaren werden ebenfalls die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Die junge Kaiserin soll sich infolge dieser unsicheren Lage in großer Erregung befinden.“ Nikolai II. wirtschaftet wie seine Vorfahren, er erntet auch dieselben Früchte, wie jene.

An der armenischen Grenze finden große russische Truppenansammlungen statt.

Hierzu eine Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Achtung Parteigenossen!

Wir ersuchen die Parteigenossen, sich morgen **Donnerstag abend 1/2 8 Uhr** an einer im 2. und 4. Landtagswahlkreise der Stadt Leipzig vorzunehmenden

Verbreitung eines Flugblattes

recht zahlreich zu beteiligen und zu diesem Zwecke an folgenden Stellen einzufinden:

Alt-Leipzig:
Süden: bei Weber, Turnerstraße 8,
Westen: bei Jäger, Glockenstraße 4,
Zentrum: } bei Naucke, Querstraße,
Norden: }
Osten: in den Volkshallen, Kreuzstraße.

Ostbezirk:
Neustadt: im Restaurant Langert,
Volkmarsdorf: im Restaurant Stollberg,
Anger: im Restaurant Zahn,
Sellerhausen: im Restaurant Teichmann,
Neuschönefeld: im Restaurant Schilde,
Reudnitz: im Restaurant Schöder,
Thonberg: im Restaurant Gambrinus, Mühlstraße.

Die Genossen des Südbezirks, des Westbezirks und des Nordbezirks sowie die Genossen der **hier nicht aufgeführten Ortschaften des Ostbezirks** wollen sich in den ihnen nächstliegenden obengenannten Lokalen von **Alt-Leipzig einfinden.** [6287

Bei der Wichtigkeit der Agitation für die bevorstehende Landtagswahl erwarten wir eine recht zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen.

Das Landtagswahlkomitee.

---

5. Turnerabteilung

Freitag, 6. September, **Besprechung.** Erscheinen aller nötig. [6301

Arbeiterverein für Wahren.

Sonnabend, 7. September, abends 9 Uhr

Versammlung.

T.-O.: 1. Diskussion. 2. Vereinsangelegenheiten. [6297] **D. V.**

Arbeiterverein Liebertwolkwitz.

Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr

Versammlung

im **Schwarzen Ross.**

Vortrag des Genossen **Herm. Rauh:** Der deutsche Bauernkrieg. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch wünscht **D. V.**

Damm, Querstr. 3, I.

Sprechstunde 9—4 u. 6—8, heilt ohne Quecksilber **Geschlechtskrankheiten, geheime Unterleibs-, Hautkrankheiten, Harnröhrenleiden, Säfteverlust, Mannesschwäche, Frauenkrankheiten u. s. w.**

Arbeiternerven

und Nerven derer, die sich keine Bade- und Erholungsreise leisten können, werden am wirksamsten und schnellsten aufgefrischt durch

Elektricität.

Ohne Berufsstörung?
Ohne große Kosten! [5996

(Heilung der meist. Krankheiten, bes. von Gicht, Rheumatismus, Reißen, Magenleiden, Verdauungsstörungen.)

Elektrotherapeutische Anstalt W. Kühn, Kurprinzstr. 20, I.
(Zu sprechen: Wochent. 9—1, 4—8; Sonntags 10—1 Uhr.)

Gesangvereinen

empfehle mein reichhaltiges Lager von **Männer- und gemischten Chorliedern, Humoristika u. s. w. Kataloge gratis. Ansichtssendung bereitwilligst.**

J. Günthers Musikh.
Dresden, Ziegelstrasse 24.

Griechische Weine

à Flasche Mk. 1—5
à Glas von 15 Pfg. an
A. Anagnostopulos
Markt 10, Kaufhalle.

Sofort zu verkaufen 1 schöne Ottomane 30 Mk., Vertiko 24 Mk., 2 Bettstell. m. Matr. Spieg., Tische, Stühle, 1 Küchensch., Schrank, und verschied. billig. Eberhardstr. 4, I. links.

Steinsetzer!

Freitag den 6. September vorm. 11 Uhr im Universitätskeller

Versammlung.

Tagesordnung: Bericht über den Verlauf des Streiks nebst Diskussion.

6299] **Das Streikkomitee.**

Achtung, Metallarbeiter!

Freitag den 6. September abends 1/2 9 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale der Volkshallen, Kreuzstraße.

Tagesordnung: 1. Der Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Referent: Kollege **C. Breder, Augsburg.** 2. Bericht und Neuwahl der Delegierten vom Gewerkschaftskartell. 3. Diskussion. [6279

Es ist Pflicht eines jeden Metallarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Metallarbeiter Leipzig-West.

Sonnabend den 14. September 1895

Sommer-Vergnügen

in der Gesellschaftshalle zu L.-Lindenau. [6325

Kürschner und Berufsgenossen.

Sonnabend den 7. September abends 1/2 9 Uhr [6304

Oeffentliche Versammlung

im Universitätskeller, Ritterstraße 7.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** über: **Wanderschaft, Bettel u. Vagabundage.** Referent: Herr **Lange.** 2. Bericht u. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Bericht der Herbergs-Kommission. 4. Gewerkschaftliches. **D. E.**

Naturheilverein Leipzig-Ost. **Freitag, 6. September,** abends 1/2 9 Uhr im **Saale der Tonhalle,** Reitzenhainer Straße 39, I., **Vortrag** des Herrn **Schneider** über: Geheimmittel-Unfug. Eintritt frei. Gäste sind willkommen. **D. V.**

Konsumverein f. d. Ostvorstadt

Leipzig und Umgegend.
Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Montag den 16. September 1895 abends 8 Uhr

Ordentl. Generalversammlung

im grossen Saale Zu den drei Mohren, L.-Anger.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht und Richtigsprechung desselben. 3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes. 4. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 5. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Ersatzmännern. 6. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts. 7. Verschiedenes.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches oder Markenquittung.

6324] **Der Vorstand.** G. Parreidt. O. Gersdorf.

Konsumverein zu L.-Connewitz.

(Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)

Sonnabend den 14. September abends 1/2 9 Uhr

Fortsetzung d. ordentl. General-Versammlung

vom **31. August d. J.**

im Gasthof zur goldenen Krone.

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über § 48 Absatz 5 des Statuts. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats und von drei Ersatzmännern. 4. Weiteres genossenschaftliches Unternehmen. 5. Anträge der Mitglieder nach § 44 des Statuts. [6302

Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der Markenquittung gestattet.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins zu L.-Connewitz. (E. G. m. b. H.)
Karl Zeitzig, Vorsitzender.

Eilenburg.

Sonnabend den 7. September abends 8 Uhr in Klinges Lokal

Oeffentl. Partei-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Diskussion über das Agrar-Programm. 2. Anträge zum Parteitag. [6303

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

An die Wähler

von

Merseburg-Querfurt.

Sonntag den 8. September 1895 nachm. 3 Uhr

Kreistag

in Schkeuditz (Zeisslers Saal).

Tagesordnung:
1. **Bericht der Vertrauensleute und Bericht des Agitationskomitees.**
2. **Organisation und Agitation.** Referent: Redakt. **Thiele-Halle.**
3. **Agrar-Programm.** Referent: Redakt. **Thiele-Halle.**
4. **Stellungnahme zum Parteitag.**
5. **Die Presse.**
6. **Besondere Anträge der Parteigenossen.**

[6320

Die Genossen der **Wahlkreise Leipzig-Stadt** und **Leipzig-Land** sind hierzu mit eingeladen. **Das Agitationskomitee.**

Impfe ab 9. September.

6823] **Dr. Grosse.**

Albertgarten.

Sonntag den 8. September **Grosses humoristisches Konzert** der **Leipziger Quartett- und Couplet-Sänger** aus dem Krystallpalast, Herren Eyle, Hanke 2c., und **Ball.** [6319] **G. Pflanme.**

Morgen Freitag Unterhaltungs-Konzert. Entree frei.

Hermann Liebau

Waren-Kredit-Haus

Leipzig

27 Turnerstraße 27
Ecke Windmühlenstr. (akadem. Bierhallen)

empfiehlt
in **reichster Auswahl** und zu **billigsten Preisen**

Herren-, Damen- u. Kinder-Garderoben

Manufaktur- und Modewaren

= Möbel =

Polsterwaren, eigene Anfertigung. Garantie.

Betten, Regulateure
Taschenuhren, Kinderwagen.

Lieferung ganzer Ausstattungen.

Kleine Anzahlung. Bequeme Abzahlung.
Coulante Bedienung. [6300

Morgen Freitag 6305] **Grosses Schlachtfest**
Frau **D.** verw. **Runge**
Neustadt, Marktstraße 41.

Speisekartoffeln

sehr mehlreich und wohlschmeckend Centner ab Hof 2 Mk., Metze 18 Pf.
Reudnitz, Feldstraße 16.
6307] **E. Krobitzsch**

Singer-Nähmaschinen

die besten in allen Neuheiten, kauft man am billigsten **Münzgasse 20.** Minderwertige Maschinen führe ich nicht. Keine teuere Ladenmiete. Stets große Auswahl in **gebrauchten Maschinen.** Jede Maschine 14 Tage auf Probe. Größte Garantie. Teilzahlungen. [6052
Rich. Kranich, Münzgasse 20, H. I.

M. Kemski

6 Nürnberger Str. 6
(neben der Hirsch-Apotheke)
empfiehlt sein großes Lager in

Taschen-Uhren
Regulatoren
und Weckern

wie auch seine **Reparatur-Werkstätte** u. z.:

1 neue Uhr-Feder	1.—	Mk.
1 neue Uhr-Kapsel	—.15	„
1 neues Uhr-Glas	—.10	„
1 neuer Uhr-Zeiger	—.10	„
1 neuer Uhr-Ring	—.10	„
1 neuer Uhr-Schlüssel	—.05	„

10 Prozent Rabatt für Abonnenten der Leipziger Volkszeitung.

Koffer und Kisten

für **Kellner, Mädchen u. Burschen** in allen Größen empfiehlt

E. Karl Voigt, Seeburgstr. 8.
Während der Messe auch [6207
Johannisplatz.

Chirurgische [1488

Gummi-Waren, sämtl. Bedarfsartikel z. Kranken- u. Gesundheitspflege sowie viele **Neuheiten** empfiehlt **Auguste Graf,** Nikolaistr. 4.

Aerztlich empfohlenes [5645

Kindernährbisquit

sowie **Kindernährzwieback** ist das beste und billigste Nährmittel für Kinder und Kranke. In Paketen (10 Stück enthalt.) 10 ₰, (30 Stück enthalt.) 30 ₰, empfiehlt **E. Salomon, Gerberstraße 23.**

Hurra! Hurra!

Der musikal. Schuster wohnt immer noch da

Ulrichsgasse zweiundfünfzig!

Der Mann ist sehr vernünftig;
Da kann man billig Stiefeln kaufen,
Es läßt sich auch ganz schön drin laufen!
6806] **Moritz Ehnert.**

Kauft im Internationalen Schuhwarenhaus

von [6164

Richard Müller
Tauchaer Straße 9

wo man gute, dauerhafte, solide Arbeit zu den billigsten Preisen bekommt.

Wickelformen, Pressen, Rahmen, Rohtabake bill. abzugeb. Lange Str. 4, im Laden.

Frdl. m. Zimm. Lessingstr. 12, Garteng. III. l.

Verloren ein Schlüsselbund mit 3 gr., 1 kl. Schlüss. v. Täubchenw. b. a. Zweinaundorf. Str. Geg. Bel. abzug. Zweinaundorferst. 6, II.

Verloren 1 Brille v. d. Gasth. z. d. drei Linden in Lindenau. Gegen Belohn. abzugeben Lindenau, Angerstraße 9, I.

Dank

für die überaus große Teilnahme bei dem schnellen Hinscheiden unseres lieben Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels [6308

Fr. Herm. Liebers

sowie die reichliche Blumenspende. Insbesondere seinem Herrn Chef sowie allen Kollegen und Bekannten für das letzte Geleit. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

L.-Reudnitz, den 1. September 1895.

Todesanzeige.

Dienstag mittag verschied plötzlich mein lieber Mann, der Maler [6298

Franz Unger.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Emilie verw. **Unger.**

Die Beerdigung findet Freitag vorm. 1/2 11 Uhr von Liebigstr. 18 aus statt.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser liebes Töchterchen **Marie** im Alter von 7 Monaten heute abend verschieden ist.

Reudnitz, 4. September. [6313
Karl Birkner und Frau.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Illge in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinisch in Leipzig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vom Gewerkvereinskongreß in Cardiff.

Σ **London**, 3. September. Der Kongreß der Gewerkvereine in Cardiff wurde gestern recht friedlich eröffnet. Der große Schlachttag findet heute statt. Die versöhnliche Stimmung hat ihren Grund in dem Bewußtsein, daß die älteren Unionen, auch wenn der alte Modus der Abstimmung durch Handaufheben beibehalten bleibt, unter den Delegierten auf eine Majorität rechnen können. Dieser Umstand trat schon bei der Ernennung der Geschäftsführer und anderen Beamten zu Tage, insofern die von den Gruben- und Textilarbeitern portierten Namen in erster Linie zu stehen kamen. Nun sind 345 Delegierte anwesend und die Gruben- und Textilarbeiter zählen allein 185 Mann. Ueberhaupt ist die Ueberzeugung durchgedrungen, daß die Mitglieder des parlamentarischen Ausschusses einen taktischen Fehler begingen, indem sie dem Kongreß die neue von ihnen ausgearbeitete Geschäftsordnung oktroyieren wollten, statt sie erst zur Besprechung und Annahme vorzulegen, wobei sie sicher ohne große Schwierigkeiten durchgedrungen wären. Fünfundzwanzig Delegierte von Gewerberäten (Trades Councils), die durch die Aktion des Ausschusses von vornherein vom Kongreß ausgeschlossen worden sind, haben unter dem Vorsitz des George Shipton (London) einen Protest gegen ihren Ausschluß eingereicht, da der Kongreß von Norwich ihm kein solches Mandat gegeben habe. Die Delegierten trafen auf einer Spazierfahrt im Kanal von Bristol zusammen, und es verlautet, daß die auf dem Dampfer gepflogenen freundlichen Besprechungen viel dazu beitrugen, die Spannung abzuschwächen.

Cardiff, 4. September. (W. T.-B.) Der Gewerkvereinskongreß beschloß, gemäß der neuen Geschäftsordnung (siehe unseren Korrespondenzartikel in der gestrigen Beilage: Zur Eröffnung des 28. Kongresses der Gewerkvereine in Cardiff) vom Kongreß alle Delegierten auszuschließen, die nicht eigentliche Arbeiter sind. Ausgeschlossen sind somit Tom Mann und Burns, sowie alle Trade Council (Gewerkschaftsräte) und ferner Delegierte, die nicht bezahlte Arbeiterbeamte von Trades-Unions sind. Wie vorauszusehen, haben also die alten Gewerkschaften die mit socialistischem Geist erfüllten Verbände vergewaltigt.

Der Gewerkvereinskongreß nahm sodann mit großer Mehrheit einen Antrag zu Gunsten des Achtstundentags an, wovon nur die (in verblendeter Selbstsucht an ihren Vorrechten hängenden Northumberlander und Durhamer, die heute schon weniger als acht Stunden schaffen) Bergarbeiter ausgenommen sein sollen. Ferner wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die schleunige Abschaffung des Oberhauses verlangt.

Aus der Partei.

Für die Familien der im Essener Meineidsprozeß verurteilten Genossen gingen bis zum 2. September bei dem Kassierer des Unterstützungskomitees in Bochum 1957.65 Mk. ein, darunter vom Hamburger Echo als erste Rate 1500 Mk. Notizen über die Familien unserer verurteilten Genossen in Essen: Frau Schröder-Dortmund hat 10 Kinder, darunter 4 schulpflichtige; Frau Meyer-Bochum 3 von ½—8 Jahre; Frau Imberg-Herne 1 Kind; Frau Wilking-Herne hat 4, das älteste 7 Jahre, die Frau kommt in einigen Wochen ins Wochenbett; Frau Beckmann-Baukau 3 Mädchen von 4—8 Jahren. Frau Wilking und Beckmann ist die **Wohnung gekündigt** worden. Frau Schröder und Meyer wurden während der Untersuchungshaft ihrer Männer vom Bergarbeiterverband unterstützt; die anderen 3 Familien höchst notdürftig von den Genossen von Herne und Umgegend.

Der Parteitag für Schleswig-Holstein, Hamburg ꝛc. wurde am 1. September in Elmshorn abgehalten. Vertreten waren 48 Orte durch 56 Delegierte. Die Agitationskommission berichtete über eine Einnahme von 2481.34, eine Ausgabe von 1344.83, also einen Bestand von 1156.31 Mark. Um das Deficit der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, die einen Abonnentenstand von ca. 7300—7400 aufweist, zu beseitigen, wurde die Erhöhung des Abonnementspreises von 1.80 Mk. auf 2 Mk. pro Quartal beschlossen. Auch der Vertreter des Parteivorstands, Genosse Pfannkuch, hatte diesen Ausweg empfohlen. — Ueber das Agrarprogramm referierte Genosse Molkenbuhr. Von einer Stellungnahme dazu wurde Abstand genommen, dagegen ein Antrag angenommen, daß der Parteitag sich gegen gebundene Mandate aussprechen möge. Das übrige betraf geschäftliche und Agitationsangelegenheiten. Der Provinzialparteitag soll alle zwei Jahre im September abgehalten werden.

Delegierte. Prenzlau-Angermünde: Thierbach.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der „patriotische" socialdemokratische Führer, von dem wir in der Montagsnummer der Volkszeitung berichteten, ist Thatsache. Das Sächsische Volksblatt schreibt zu dem Fall Seifert:

Der Schebewitzer Konsumverein schloß Hauptgeschäft und sämtliche Filialen mittags 1 Uhr, einem Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrates, gemäß der mit Stimmenmehrheit (7 gegen 6 Stimmen) gefaßt worden war. Merkwürdig war, so schreibt man uns, nur die Begründung, welche das Vorstandsmitglied Julius Seifert seinem Antrag auf Geschäftsschließung gab. Unser Genosse meinte danach u. a.: die Sedanfeier sei nun einmal ein Volksfest (?!) und die angestellten Leute würden sich den Festzug auch ansehen wollen. Käufer würden nicht viel kommen, so daß besser geschlossen werde. Wer nicht zum Festzuge gehe, möge ins Belvedere gehen, wo er genug Genossen und Genossinnen finden werde. — Wir wollten nicht glauben, daß unser Genosse das Sedanfest für ein „Volksfest" erklärt und damit seinen Antrag mitbegründet habe. Da er den 70er Krieg mitgemacht hat, so konnte er sich über die Mache dieses „Volksfestes" längst nicht mehr im Zweifel sein. Leider wird uns von allen Seiten bestätigt, daß sich Genosse Seifert in ähnlicher Weise geäußert hat und ist der Unmut der Genossen darob in Zwickau und auf den zahlreichen Arbeiterdörfern unseres Reviers nicht gering, zumal sich die im Gemeinderat auf den Dörfern sitzenden Genossen aufs allerschärfste gegen jede Sedanfeier ausgesprochen haben und nun von den Ordnungsbrüdern gehörig gehohnekelt werden. Unsere Vertreter haben nunmehr einen schweren Stand. Bereits hat die Sächs. Arbeiterzeitung und die Leipziger Volkszeitung (die Leipziger Volkszeitung hat den Humbug zuerst gemeldet) aufs schärfste zu unseres Genossen Gebarung Stellung genommen und er wird sich von allen Seiten aufs schärfste Kritik gefallen lassen müssen. Gerade daß Genosse Seifert Reichstagsmitglied ist, hätte ihm doppelte und dreifache Vorsicht empfehlen müssen, in Dingen, welche die Oeffentlichkeit angehen und die Kritik namentlich der Gegner herausfordern. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll dann am dürren geschehen! Unser Genosse hat mit seiner Antragstellung, namentlich aber mit Begründung des Antrages der socialdemokratischen Sache einen sehr schlechten Dienst geleistet.

Angesichts der Hetze, die namentlich in den letzten Tagen von der bürgerlichen Presse gegen unsere Partei und unsere Presse getrieben worden ist, wird sich Genosse Seifert wohl selbst klar geworden sein, welche Konsequenzen er aus seinem Vorgehen zu ziehen hat. — Seifert ist auch für Chemnitz II Landtagskandidat.

Der „Maifeierprozeß" 1895 vor dem Berufungsgericht. Vor der Strafkammer des Dresdener Landgerichts wurde am Dienstag gegen die Stellmacher Gruhne und Gen. verhandelt, die am 19. Juni 1895 vom Amtsrichter Dr. Becker wegen Veranstaltung eines „verbotenen Umzuges" zu 30 resp. 15 und 5 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden. Die Verurteilten, 24 an der Zahl, hatten bekanntlich am 5. Mai als Mitglieder und Gäste des Fachvereins der Stellmacher vom Gambrinus-Restaurant aus eine Partie durch Löbtau nach Zaukerode geplant, sie waren aber in Löbtau abgefaßt und ins Gemeindeamt getrieben worden, wo man sie aufschrieb, um ihnen einen Prozeß zu machen. Amtsrichter Dr. Becker hatte es versucht, die ganz harmlosen Leute als Socialdemokraten hinzustellen, denen es darum zu thun war, ein Verbot der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt zu hintergehen. Zwei der Verurteilten sowie die drei beteiligten Frauen werden freigesprochen, während die Berufungen der übrigen verworfen werden. Das Landgericht ist ebenfalls zu der Ueberzeugung gelangt, daß es sich hier um einen Umzug demonstrativen Charakters gehandelt und daß die Verurteilten von dem Verbote Kenntnis gehabt haben. Die Frauen sind deswegen freigesprochen worden, weil sie unter dem Einfluß ihrer Männer standen.

Dresden, 4. September. Die sächsische Regierung hat in Anbetracht der Bedeutung, die die Verhandlungen auf dem in diesem Monat hier stattfindenden 17. Kongresse des Internationalen Verbandes zum Schutze des geistigen Eigentums an Schrift- und Kunstwerken haben werden, beschlossen, sich offiziell an diesem Kongresse zu beteiligen. Sie wird sich behufs Kenntnisnahme der Beratungen und Beschlüsse des Kongresses in dessen Arbeitssitzungen durch fachmännische höhere Staatsbeamte vertreten lassen.

Die Schkenditzer Parteigenossen hatten in einer am 31. Juli abgehaltenen Versammlung gegen die von der Gemeindevertretung (der Vertretung der Minderheit) beschlossene Verwendung von 150 Mark aus Gemeindemitteln zur Sedanfeier protestiert. In der Begründung des Protestes ist darauf hingewiesen, daß es in Schkenditz vielfach an Geld für wichtige gemeinnützige Zwecke fehlt, und daß die Mehrheit der Bevölkerung einer Verherrlichung des Massenmordes abgeneigt ist. Es heißt am Schlusse:

Ist in den Kreisen, von denen in der Bekanntmachung des Magistrats und der Stadtverordneten die Rede ist, das Bedürfnis nach einer Feier des Sedantages vorhanden, so halten wir es für recht und billig, daß diese durchweg gutsituierten Leute die Kosten dafür aus eigener Tasche bezahlen; jedenfalls wurde ihnen damit Gelegenheit gegeben, ihren sogenannten Patriotismus in die That umzusetzen.

Wir halten es für ein billiges Vergnügen, auf Kosten der Allgemeinheit und gegen den Willen eines jedenfalls großen Teiles der hiesigen Einwohner patriotische Feste zu feiern und protestieren deshalb ganz energisch dagegen.

Das gilt wohl für den größten Teil der deutschen Städte, aber die Herren, die nun einmal „maßgebend" sind, scheren sich einen Pfifferling um die Gesinnung des Volkes. Und selbst zahlen für seinen Patriotismus? Das wäre ein sauberer Patriotismus, der Opfer kostet. Einbringen muß er etwas.

Von der thüringischen Fabrikinspektion. Bekanntlich wurden bisher in verschiedenen thüringischen Großstaaten die Berichte der Aufsichtsbeamten nicht veröffentlicht. In neuerer Zeit scheint sich hierin eine Besserung zu vollziehen. Im Landtag von Reuß j. L. hat der Abgeordnete Lehrer Kalb die Veröffentlichung durchgesetzt. Dagegen wurde eine entsprechende Interpellation des Genossen Baudert im Weimarischen Landtage ablehnend beantwortet. Doch ist nun wenigstens den Redaktionen der im Großherzogtum erscheinenden Zeitungen der Bericht der Gewerbekammer, in dem der des Fabrikinspektors (eines Majors a. D. v. Nostitz) abgedruckt ist, vom Ministerium zugestellt worden.

Straßen und Wege.

Wesentlich reicher als seit einer längeren Reihe von Jahren ist im diesjährigen Haushaltplan das Conto 38, Straßen und Wege, bedacht worden. Wiederholt ist in den letzten Jahren darauf hingewiesen worden, daß die stiefmütterliche Behandlung dieses Zweiges der städtischen Verwaltung, die sich mehr und mehr der Vernachlässigung näherte, in späteren Jahren beträchtliche Mehraufwendungen gebieterisch notwendig machen werde. Aus diesem Grunde und um nicht die städtische Betriebskasse noch mehr zu belasten, hatte der Rat schon im vorigen Jahre 300000 Mk. dem städtischen Guthaben bei der Sparkasse entnommen, um diese Summe zu Straßenbauten und Reparaturen mit zu verwenden.

Im ganzen sollten nach dem Voranschlag von 1894 etwa 891488 Mk. für Straßen und Wege verbraucht werden. Da das Conto im Vorjahre außer jenen schon genannten 300000 Mk. etwa 297000 Mk. an eigenen Einnahmen aufwies, hatte die städtische Betriebskasse einen Zuschuß von über 294000 Mk. zu leisten. Im Jahre 1893 belief sich der Zuschuß aus der Stadtkasse auf 586880 Mk. bei einer Gesamtaufwendung für dies Conto von 1112645 Mk., und im Jahre 1892 betrug der Zuschuß sogar 670987 Mk. bei einer Gesamtaufwendung von 948128 Mk.

Ein wesentlich anderes Bild zeigt nun der Voranschlag für das laufende Jahr. Nach ihm sollen im ganzen für Straßenbauten 1493125 Mk. verwendet werden. Die eigenen Einnahmen belaufen sich auf 924320 Mk., so daß also 568805 Mk. Zuschuß aus der städtischen Betriebskasse erforderlich sind. (Das Rechnungsergebnis wird sich wohl nicht wesentlich anders stellen, da die durch einige abweichende Beschlüsse der Stadtverordneten erzielten Ersparnisse durch Nachverwilligungen wieder aufgebraucht werden dürften.) Die stärkere Thätigkeit in der

Kleine Chronik.

Leipzig, 5. September.

= **Ein guter Amtswitz.** Im Vorwärts vom 4. September finden wir folgende

Bekanntmachung.

Am Tage der Sedan-Feier ist hier eine ungefähr zwei Meter lange rote Fahne abgegeben worden. Der unbekannte Eigentümer kann dieselbe gegen Erstattung der Inserationskosten im hiesigen Amts-Bureau in Empfang nehmen.

Adlershof, den 3. September 1895.

Der Amtsvorsteher
von Oppen.

Ob der Eigentümer sie holen wird? Herr von Oppen ist der Vorkämpfer der Ordnung, der in Gerhart Hauptmanns Biberpelz die prächtige Rolle spielt. Der Vorwärts bürgert sich immer mehr als amtliches Organ ein.

W. **Verhängnisvolle Namen.** Nach den Namen zu urteilen, sind die Schauspieler des Breslauer Stadttheaters stark socialistisch gesinnt. Dieses Theater hat nämlich nicht nur einen Marx, sondern auch einen Engels aufzuweisen. Weniger auffällig ist freilich „Herr Fischer", der als der dritte Socialdemokrat auf der Liste der Schauspieler steht.

= **In einem „Sedan"-Artikel** sagt die demokratische Zürcher Post: Deutschland übernahm die leitende Rolle in der Politik und warf den Gegner auch aus einer Reihe wirtschaftlicher Positionen. Frankreich aber ging in der Litteratur und Kunst ein Stern auf, der dem Nachbar nicht leuchtet. Nur kein rechter Friede ist geworden. Doch wird's die Zukunft schwerlich fügen, wie es jene wollen, die gestern fröhlich jubelten oder grimmig trauerten. Es ist in die Geschichte ein Faktor eingetreten, der nicht mehr hinauszuwerfen ist, mit welchem die Gewalten schon ernsthaft zu rechnen haben: der Socialismus. Seine Bekenner auf deutschem Boden — es sind ihrer manches Hunderttausend — feierten schon nicht mehr mit; sie denken erbittert der 10 Jahre Belagerungszustand, die sie ausgestanden. Und ist es in Frankreich noch nicht so weit, so tauchen doch seltsame Erscheinungen auf. Es ist von Wert, zu lesen, was im Septemberheft der Deutschen Revue Herr Beaunis, Professor an der Pariser Sorbonne, über das Wesen der modernen französischen Gesellschaft schreibt. Er gewahrt nicht, wie Nordau, bloß Zeichen der Entartung, „vielmehr etwas wie ein verborgenes, geheimnisvolles Arbeiten, das der neuen Zeit vorangeht, das zusammenhanglose Stammeln einer neuen Sprache, das ferne, unbekannte, verworrene Murmeln, welches verkündet, was im Anzug ist, erwartet wird. Und wie von selbst, instinktiv, richten sich die Blicke nach dem 20. Jahrhundert, in der Hoffnung, daß dieses die Lösung des qualvollen Problems bringen werde." Wer will sagen, wo das nächste Sedan ist?

= **Studien über Geruchsstoffe.** Der französische Chemiker Jacques Passy beschäftigt sich seit Jahren damit, festzustellen, wie groß oder vielmehr wie klein die Menge eines bestimmten Geruchsstoffes sei, die noch auf unsere Geruchsnerven wirkt. Er löst ein bestimmtes Gewicht des Geruchsstoffes in einer bestimmten Menge von Alkohol, verdünnt einen genau abgewogenen Teil dieser Lösung weiter, bis er schließlich sagen kann, diese Lösung enthält 0,00001 mg oder noch weniger des Stoffes. Nun wird von der Lösung so viel in ein Gefäß gethan, das genau ein Liter faßt, bis der Beobachter, der an dessen Oeffnung riecht, den Geruch wahrnimmt. Es sind verschwindende Mengen, die Passy da herausrechnet. Vom Kampfer genügen 5 Millionstel Milligramm, von Vanillin 500 Millionstel Milligramm, um einen Liter Luft zu parfümieren. Aber diese Mengen erscheinen noch riesig groß gegen die dazu erforderliche Menge von Moschus; von diesem machen sich schon 0,000000000005 mm (2 Millionstel Millionstelmilligramm) in 1 Liter Luft bemerkbar. Passy ist auch der Frage näher getreten, warum gewisse Stoffe Geruch verbreiten und andere nicht, und ist dabei zu folgenden Schlüssen gelangt: Es ist möglich, daß für uns geruchlose Stoffe einen Geruch abgeben können, der außerhalb der Empfänglichkeit unserer Geruchsnerven liegt, ähnlich wie das Sonnenspektrum Strahlen aufweist, die wir nicht sehen. Es sei daher immerhin möglich, daß diese für den Menschen geruchlosen Stoffe für gewisse Tiere einen Geruch besitzen. Ja, es sei sogar wahrscheinlich, daß die Feinheit des Geruchssinnes bei den Tieren, die die des Menschen so sehr übertrifft, nicht darin ihren Grund hat, daß ein Geruch auf die Geruchsnerven des Tieres intensiver wirkt als auf die des Menschen, sondern darauf beruht, daß für das Tier Stoffe Geruch besitzen, die für den Menschen geruchlos sind, daß die tierische Geruchsskala eine andere, umfassendere ist als die menschliche. Die bekannte Thatsache, daß manche Stoffe erst bei bestimmter Temperatur für uns riechbar werden, führt Passy auf dasselbe Princip zurück; wir müssen daher von einem „riechbaren Zustand" der Stoffe sprechen.

= **Die ominöse Hausnummer.** Aus Paris schreibt man: Die Censurbehörde hat kürzlich ihre Bureaux in ein neues Heim in der Rue Valois verlegt. Nun trug aber das Haus, in dem die Herren Censoren ihres Amtes walten sollen, die in der französischen Sprache ominöse oder richtiger gesagt anrüchige Nummer 100 (Cent ausgesprochen wie sent, d. h. riecht). Diese Nummer befindet sich deshalb auch als Ankündigung auf allen verschwiegenen Kabinetten der Wohnungen. Wie sollte es die zartfühlende Censur ertragen, dieses anstößige 100 auf dem Hause in augenfälliger Breite prangen zu sehen, in dem sie ihren Sitz aufgeschlagen! — Das durfte nicht sein! Und deshalb sehen wir heute statt des ominösen 100 über dem Thore des betreffenden Hauses der Rue Valois die Nummer 99 bis erglänzen.

= **Ein angenehmer Redakteurposten.** In Canton hat die Daily News einen Berichterstatter. Unter anderem schreibt er: Eines der größten Hindernisse der Gesittung in China ist die ungeheuere Selbstgenügsamkeit des Volkes. Welcher Chinese weiß denn etwas über den letzten Krieg mit Japan? Die chinesischen Beamten haben alles hinweggedeutet. Die chinesischen Zeitungen haben keinen Einfluß auf das Volk. In Peking haben Europäer eine chinesische Zeitung gegründet. Aber außer in den Vorstädten Pekings hat sie keine Verbreitung gefunden. Eine Ausnahme bildet nur die Pekinger Zeitung. Aber an dem Regierungsblatte finden sich so viele Beschränkungen, daß man schließlich das Gerücht nicht Lügen strafen kann, daß während des neunhundertjährigen Bestehens der chinesischen Amtszeitung 1800, sage achtzehnhundert Redakteuren der Kopf abgehauen worden ist. Die Pekinger Zeitung wird nach diesen Erfahrungen gewiß vorsichtig zu Werke gehen. Wie muß Herrn von Köller da der Mund wässern!

Humoristisches.

Schmerzlich. Arzt (zum Kranken): Der Fuß wird wohl abgenommen werden müssen! — Kranker: Jesses — jetzt hab' ich mir grad' a Paar neue Stiefel ang'schafft! L. Bl.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Straßenpflege macht sich übrigens heuer schon äußerlich bemerkbar durch die in vielen Straßen in Angriff genommenen Arbeiten. Für die Leipziger Steinsetzgehilfen wurde sie in Verbindung mit den Pflasterarbeiten, die durch die Legung der Geleise für die elektrische Straßenbahn hervorgerufen werden, zum schließlichen Anlaß, auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu bringen.

Bei einer näheren Prüfung des Voranschlags fällt die außergewöhnliche Höhe der eigenen Einnahmen des Contos auf sowie die Thatsache, daß die Straßenarbeiten hauptsächlich in solchen Straßen projektiert sind, die von der Straßenbahn berührt werden. Beide Erscheinungen stehen übrigens bis zu einem gewissen Grade und zwar insofern in Zusammenhang, als sowohl die Pferdebahngesellschaft wie auch die elektrische Straßenbahngesellschaft zu nicht unbeträchtlichen Beiträgen zu den Kosten der Straßenbauten herangezogen werden, die in dem Voranschlag eben unter den eigenen Einnahmen dieses Contos erscheinen. So ist außer dem Jahresbeitrag der Pferdebahn in Höhe von 22000 Mk. für Unterhaltung der gepflasterten Straßen und der jährlichen Abgabe aus dem Einkommen der Pferdebahn in Höhe von 13500 Mk. ein weiterer Beitrag in Höhe von 72165 Mk. budgetiert, da die Betriebsstrecken der Pferdebahn von den auszuführenden Straßenarbeiten in der Hospitalstraße, Reitzenhainer Straße und Bahnhofsstraße berührt werden. Von der elektrischen Straßenbahngesellschaft ist ein Beitrag in Höhe von 142860 Mk. in den Voranschlag eingestellt, da die Betriebsstrecken dieser Gesellschaft von den Straßenarbeiten berührt werden in der Karl-, Salomon-, Marien- und Elsterstraße, im Thomasgäßchen, ferner in der Marschner- und Sebastian Bach-Straße sowie in der Bahnhof-, Nürnberger, Reichs-, Halleschen und Albertstraße. Im weiteren haben die beiden Straßenbahngesellschaften in einer großen Zahl von Straßen wegen Einlegung der Schienen Umpflasterungen oder Veränderungen des Asphalts vornehmen zu lassen, deren Kosten natürlich im Stadthaushaltplan gänzlich außer Ansatz geblieben sind.

Außer den beiden genannten größeren Posten weist das Conto an eigenen Einnahmen auf 200000 Mk. von den städtischen Gasanstalten und 400000 Mk. aus dem Guthaben der Stadt bei der Sparkasse. Im Grunde genommen beträgt also der städtische Zuschuß um diese 600000 Mk. mehr als oben beziffert. Der Beitrag der Gasanstalten ist seit einer Reihe von Jahren regelmäßig gezahlt worden und rechtfertigt sich durch die Mehrkosten, die durch die Leitungsrohrveränderungen und Vervollständigungen in der Straßenunterhaltung verursacht werden. Eine andere Frage aber ist die, wie lange es als zulässig erachtet werden wird, das Sparkassenguthaben der Stadt zu Betriebszwecken zu verwenden. Eine Aenderung hierin würde ein Emporschnellen des durch Steuern aufzubringenden Betrages zur Folge haben. Es dürfte nicht ganz zwecklos sein, auf diese unausbleibliche Notwendigkeit schon jetzt hinzuweisen.

Der Essener Meineidsprozeß und der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker.

Zu dem Artikel des Vorwärts: Der Essener Meineidsprozeß und der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer sandte Genosse Gasch aus Leipzig, der Redakteur des Buchdrucker-Fachblattes, dem Vorwärts folgende Erwiderung:

Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker hatte in seinen letzten Nummern einige Anregungen, betreffend eine Aktion zur Rettung Schröders und Genossen, publiziert, die in der letzten Sonntagsnummer des Vorwärts anscheinend aus dem Bureau des Parteivorstandes ablehnend besprochen worden. Die Kritik dieser Vorschläge ist richtig an den Redakteur des Korrespondent adressiert, der sich hiermit zu den Vorschlägen auch bekennt und in folgendem ein Wort zu ihrer Verteidigung an dieser Stelle einlegen will. Ohne auf die Buchdrucker-Gewerkschaft, die unmotivierterweise in der Einleitung des Vorwärts-Artikels herangezogen wurde, einzugehen, wende ich mich direkt den Vorschlägen für eine Hilfsaktion zur Rettung Schröders zu. Der Vorwärts verwirft dieselbe unter der Begründung, daß sie ein Unternehmen wären, das dem Klassenkampfe zuwiderliefe. Das kann ich aber nicht finden. Wenn mein Vorschlag besagte, man solle sich an alle Bevölkerungsklassen wenden, so fußte er auf der Betrachtung, daß man bei Verteilung von Schriften u. s. w. das Publikum nicht auswählen kann, sondern, um seine Leute zu finden, eben vor jede Thür gehen muß. Auf freiwillige Hilfe von seiten derer, die den heutigen Staat in Händen haben, rechnete ich natürlich nicht. Es kommt aber darauf an, die große Masse der an der Herrschaft nicht beteiligten Bevölkerung, die vielmehr noch neutral, schwankend, indifferent sich verhält oder denkfaul für gewöhnlich im Schlepptau des Kapitalismus läuft, eben gegen die an Zahl kleine, herrschende Klasse zu gewinnen. Unsere Gesellschaft setzt sich bisher noch nicht bloß aus einer Partei der Herrschenden und einer solchen, die die Befreiung von dieser erstrebt, zusammen, es befinden sich in ihr auch ungeheuer breite Gesellschaftskreise, die an der Erhaltung der Herrschaft der besitzenden Klasse zwar kein Interesse haben, dieselben aber zur Zeit noch faktisch durch ihre Passivität stützen.

Eine Bewegung, wie die angeregte, zielt also darauf hin, diese uninteressierten, im höheren Sinne parteilosen Massen zunächst für den vorliegenden, bestimmten Zweck zu gewinnen, sie unter der Einwirkung eines furchtbaren, niemand verständlichen, total unpopulären Aktes der machthabenden Faktoren von den herrschenden oberen Zehntausend wenigstens vorübergehend abzulösen und den Sturm ihres Widerspruchs gegen die in Rede stehende Bedrohnis zu lenken. Und dieser Effekt zeitweiliger Vereinigung ist angesichts eines unfaßbaren Gerichtsurteils ebenso gut unter sonst noch uneinigen Elementen erreichbar, wie die hilfreiche Annäherung und vereintes Handeln feindlich gesinnter Personen bei sie gemeinsam bedrohenden elementaren Zufällen, Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen u. dgl. m.

Schon manchmal aber hat in subjektiven Einzelfällen die herrschende Minderheit dem lauten Massenwillen klüglich nachgegeben und ihr Opfer fahren gelassen. Andererseits ist die starre Betonung des Klassenkampfes bereits mehrmals in den alle Staatsbürger in Mitleidenschaft ziehenden Vorfällen hintangesetzt worden; ich erinnere an die Militärvorlage und an das Umsturzgesetz. Der Vorwärts appellierte da zu Hunderten Malen an das „deutsche Volk“ und nicht allein an die Arbeiterklasse, und auch speciell im Prozeß Schröder zog man die Preßstimmen der anderen Parteien gegen das Urteil zu Hilfe. Und warum auch nicht? Der Klassenkampf-Standpunkt leidet keinen Augenblick, wenn wir den Oligarchen einen Triumph vereiteln dadurch, daß wir in ihren sonst gleichgültigen, gutgläubigen Troß eine gebotene Probe von Unleidlichkeiten blitzartig hineinleuchten lassen und ihn damit vermögen, in Gemeinschaft mit uns durchschlagend zu frondieren. Nicht eine Spur von Klassenwirtschaft verändert sich durch eine derartige Episode, denn die Besitzenden büßen dadurch noch nichts von ihrer Herrschaft ein, wohl aber wird in manchen harten Schädel Bresche gelegt. In keiner Weise sollte mit meiner Beanstandung der Kandidatur Schröders auf die gegnerischen Parteien spekuliert werden. Ich halte diese Aufstellung einfach für eine leere Demonstration, welche die Lage der Prozessierten verschlechtern kann. Wer gesehen hat, wie die nationalliberale, die Presse der Grubenbesitzer mit der Zunge schnalzend die Kunde sensationell ausputzte, als Avis, die verdammten Erzwühler nur ja festzuhalten, wird meinen Einwand würdigen. Wo für Dutzende braver Genosse jahrelanges Zuchthaus auf dem Spiele steht, muß man sich hüten, den tückischen Gewalten, die ihr Verderben wollen, Wasser auf die Mühle zu fördern.

Endlich noch das praktische Moment. Ich machte daraus kein Hehl, daß die Aussichten einer solchen Bewegung, kommt es allein auf sie an, nur gering sind. Wer wollte aber im voraus all und jede Hoffnung absprechen? Wer hätte die That Altgelds je vorher sagen können? So plump, daß das Reichsgericht sich veranlaßt sehen könnte, gerade deshalb die Revision zu verwerfen, habe ich mir freilich die Aktion nicht vollzogen gedacht. Zu der Geschicklichkeit unserer Organisatoren und unseres Volkes habe ich ein wenig mehr Vertrauen. Und müßte man eine derartige Wendung wirklich befürchten, geben da nicht schon die Kritiken des Urteils in unserer und der bürgerlichen Presse einigen Grund für sie ab?

Verwerflich halte ich meine Vorschläge also trotz des Vorwärts-Artikels nicht und ich weiß, viele Genossen pflichten mir bei. In die Sackgassen der kapitalistischen Weltordnung führt uns eher die Beschaulichkeit, niemals ein frisches, fröhliches Eingreifen zurück, dessen Mißlingen, wie gesagt, die Klassengegensätze gar noch deutlicher bloßlegt. A. Gasch.

Genosse Gasch, schreibt der Vorwärts, ist in dieser Erwiderung von den „namhaften Männern aller Parteien“, die er in seinen „positiven Vorschlägen“ zur Teilnahme am Rettungswerke eingeladen wissen wollte, schon abgekommen, indem er sagt, daß er die sogenannten Indifferenten für die Sache interessiert wissen wolle. Ein namhafter Mann einer Partei ist kein Indifferenter mehr. Ueberdies wissen die meisten der sogenannten Indifferenten ganz genau, warum sie auf seiten der Herrschenden und nicht auf seiten der Arbeiterklasse stehen. Die Indifferenten sind deshalb nicht als dritte Klasse aufzufassen, die zwischen den Besitzenden und Besitzlosen stünde, sondern je nach ihrer Interessenbethätigung in politischen Dingen praktisch zu diesen oder jenen zu rechnen, genau so wie Genosse Gasch bei Lohnbewegungen seines Fachs damit rechnet, daß ein großer Teil der Gehilfen, die sogenannten Rauhbeine, auf alle Fälle mit den Prinzipalen gehen wird, trotzdem diese Gehilfen in der Regel auch nichts besitzen, sondern besitzlos sind. Man kann nun die Indifferenten für Dinge haben wie die Abwehr von Steuern, man kann auch gelegentlich einmal selbst einen Teil der an der Herrschaft partizipierenden Klassen und Parteien zur Teilnahme an einer Bewegung, wie der gegen die Umsturzvorlage, bekommen, die abgelehnt wurde, nicht weil sie Arbeiter geschädigt hätte, sondern weil sie zur Bekämpfung aller Parteien benutzt werden konnte; aber man kann diese Bevölkerungskreise nicht in Begeisterung versetzen für die Essener Meineidssache, weil sich die Leute solcher Kreise sagen, daß sie in die Gefahr, als Socialdemokraten unglaubwürdig zu erscheinen und deshalb wegen Meineids verurteilt zu werden, einfach nicht kommen können, weil sie eben keine Socialdemokraten sind und sein wollen. Und wenn Genosse Gasch glaubt, daß die solchermaßen nicht für uns interessierten Kreise durch Rücksichten auf die Menschlichkeit zum Anschluß an die Rettungsbewegung veranlaßt werden könnten, so ist das ein Optimismus, der seinen Geburtsort im Tintenfaß, aber nicht im wirklichen Leben hat; denn der Hinweis auf den amerikanischen Gouverneur Altgeld ist schon deshalb verfehlt, weil dieser Mann zur Arbeiterbewegung eine ganz andere Stellung einnimmt, als die „indifferenten“ deutschen Bevölkerungskreise. Auf die übrigen Ausführungen Gaschs einzugehen, ist überflüssig, weil sie nichts enthalten, das nicht schon in unserem Artikel berührt wäre. Es sei daher zum Schluß nur noch bemerkt, daß die Kritik der Vorschläge des Redakteurs des Korrespondenten nicht aus dem Bureau des Parteivorstandes stammt, sondern die Meinung der Redaktion des Vorwärts ist, die sich erlaubte, Genossen Gasch darauf aufmerksam zu machen, daß man, wie in gewerkschaftlichen, so auch in politischen Dingen die Thatsachen nicht nach Belieben meistern kann.

Sociale Rundschau.

Achtung, Mechaniker! Die Mechaniker der Richterschen Fabriken in Mulda i. S. sind ausgesperrt worden. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Hebammen-Kongreß. In Berlin veranstaltet am 11. und 12. September die Vereinigung deutscher Hebammen den allgemeinen Hebammentag, verbunden mit einer Fachausstellung. In erster Linie dürfte dieser Kongreß den Interessen der Hebammenschaft gewidmet sein, denn auch die Hebammen haben bei dem allgemeinen Kampf um eine sichere Existenz heutzutage einen schweren Stand und suchen im Zusammenschluß der einzelnen Berufsgenossinnen zu einer starken Vereinigung einen sittlichen Halt. — Die darauf abzielenden Bestrebungen fördert die Hebammenschaft seit ca. 10 Jahren und hat bereits manche Erfolge aufzuweisen. Der Vereinigung deutscher Hebammen gehören zur Zeit 143 Hebammen-Vereine an, die sämtlich für eine Verbesserung des Hebammenwesens, für die Fortbildung der Hebammen und für die wirtschaftliche Besserstellung der Hebammen eintreten. Die mit dem Kongreß verbundene Fachausstellung steht dem Publikum am 11., 12., 13. September d. J. in den oberen Festsälen bei Louis Keller offen. Alle in das Fach der Wochen- und Kinderpflege einschlagenden Artikel werden vertreten sein.

Eine Centralherberge für alle organisierten Arbeiter wurde von dem Gewerkschaftskartell in Arnstadt i. Th. errichtet. Sie befindet sich bei Herrn R. Pracke, Gasthaus zur Erholung, Karl Marien-Straße 33. Die zureisenden organisierten Arbeiter werden ersucht, nur in der Centralherberge einzukehren.

In Nürnberg verurteilte die Strafkammer einen beim Streik in einer Velozipedfabrik Beteiligten, der angeblich einen Genossen durch Drohungen von der Wiederaufnahme der Arbeit abhielt und auch angriffsweise vorging, zu drei Monaten und drei Tagen Gefängnis.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. September.

Die umsturzlerische königliche Leipziger Zeitung. Das sächsische Regierungsorgan citiert Preßstimmen über die letzte Kaiserrede und sagt gegenüber der Köln. Volkszeitung, daß der kaiserliche Sprecher daran denke, an das Heer zu appellieren, ehe alle anderen Mittel erschöpft sind, glaube das klerikale Blatt wohl im Ernste selbst nicht. Auch auf klerikal-demokratischer Seite sei es daher die Vorlegung einer neuen Umsturzvorlage, die man fürchte. Dann fährt das Amtsblatt der sächsischen Regierung fort:

Um so zuversichtlicher hoffen dagegen die positiven Parteien, daß es diesmal nicht bloß bei den Worten bleiben werde. Insbesondere hoffen die Hamburger Nachrichten, „daß dieser neuen und entschiedenen Kriegserklärung des Monarchen an die Umsturzpartei ein entsprechendes Vorgehen der Staatsregierung möglichst bald folgen wird“. Es wird sich fragen, worin dieses „entsprechende Vorgehen der Staatsregierung“ bestehen soll. Mit einer neuen Umsturzvorlage wird die Regierung, darin hat die Presse der demokratischen Reichstagsmehrheit wohl recht, voraussichtlich abermals unterliegen. Aber es handelt sich unseres Erachtens nicht um diese abermalige Niederlage, sondern um die Frage: was dann? Auflösung des Reichstags? Das wird nicht viel nützen. Ohne Aenderung des Wahlgesetzes werden wir aus diesem fehlerhaften Zirkel wohl schwerlich herauskommen.

Also Umsturz von oben!? Denn daß der gegenwärtige Reichstag seine Hand zu einer Aenderung des Reichswahlgesetzes im Sinne der Reaktion nicht bieten wird, steht fest. Es bliebe dann nur noch der Staatsstreich. Aber derartigen Umsturzgelüsten gegenüber wird auch die Socialdemokratie auf dem Posten sein.

Ein interessantes Urteil über die neueste Kaiserrede finden wir in den Leipziger Neuesten Nachrichten. Das nationale Blatt schreibt:

...Die Ansprache wurde gehalten an die Führer der Armee. Das ist ein Programm, es ist die Ankündigung eines neuen gesetzgeberischen Feldzuges gegen die Socialdemokratie und es ist die Ankündigung der **Diktatur.** Allerdings darf der ruhige Beurteiler der kaiserlichen Ansprache das psychologische Moment nach doppelter Richtung nicht aus dem Auge verlieren: Kaiser Wilhelm liebt die Hyperbeln, er läßt sich gern von dem Schwunge seiner Gedanken und von dem Feuer, das stets den echten Redner erfüllt, fortreißen zu Wendungen, die nur in ihrem rhetorischen Charakter aufgefaßt werden dürfen. So hat er einst von den Bataillonen gesprochen, die auf der Strecke bleiben sollen, von den Feinden, die er zerschmettern will und von den Nörglern, die am besten thäten, den Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln. Jetzt kam noch ein anderes hinzu: In der frivolen, hetzerischen Art, durch das ein großer Teil der socialistischen Presse das Andenken unseres ersten Kaisers beschimpfte, mußten vor allem die Gefühle des Enkels verletzt werden, der nicht nur zu seinem Ahnen mit glühender Bewunderung aufblickt, der auch einst das hohe Glück genoß, im persönlichen, vertrauten Verkehr mit dem Großvater die ganze, wunderbare Weise des herrlichen Mannes zu schauen. So wird das feurige Pathos verständlich, mit dem Kaiser Wilhelm sprach. Wir dürfen uns eines Herrschers freuen, der mit so heißem Empfinden für des Vaterlandes und seines Hauses Ehre eintritt.

Aber in den kaiserlichen Worten ist zugleich ein Programm niedergelegt. . . . Und wir stehen keinen Augenblick an, zu erklären, daß mit der Ankündigung dieses Programms ein Schritt geschehen ist, der die allerernsteste Bedeutung, der eine außerordentliche Tragweite, ja vielleicht die Entscheidung der Zukunft in sich birgt. Darum muß die Oeffentlichkeit ehrlich und frei Stellung nehmen zu dieser Frage und zur kaiserlichen Rede. . . .

Längst ist es einsichtigen Männern klar geworden, daß die Versöhnungspolitik, wie überall, so vor allem in dem Verhalten zur Socialdemokratie Bankerott gemacht hat. . . .

Jetzt kehrt Kaiser Wilhelm auch zu jener Politik zurück, die einst dem eisernen Kanzler das Amt gekostet hat. Aber es sind fünf Jahre vergangen, seit das Socialistengesetz fiel, und es ist in diesen fünf Jahren durch erwiesenes Wohlwollen ebenso wie durch unglückliche, wirtschaftliche Maßregeln und durch das Herabdrücken der Staatsautorität die Socialdemokratie zu einer Macht und einer Bedeutung emporgeschwellt worden, daß jetzt die Aufgabe, die man zu lösen sich vornimmt, um das **Doppelte, ja um das Zehnfache schwerer** zu lösen ist. . . .

Die Politik, die an den Iden des März des Jahres 1890 durchlöchert zu Boden sank, lebt wieder auf in kaiserlichem Mundet

Die Erkenntnis, daß die Socialdemokratie ein unversöhnlicher Gegner sei, mußte früher oder später dämmern. Jetzt hat nicht eine Gewaltthat, nicht eine revolutionäre Handlung die Frucht zur Reife gebracht, sondern das unwürdige Benehmen der Revolutionspartei gegenüber unseren nationalen Festen. Und doch wird der Erfolg davon abhängen, ob die Maßregeln sorglich ausgewählt werden, denn eine neue Niederlage von jener Art, wie sie das Umsturzgesetz brachte, können wir kaum vertragen. Soll der Erfolg gesichert sein, dann muß offen und klar die Frontstellung genommen werden. Der Appell aber an das Heer, an die Diktatur, wird dann nicht nötig sein. Der Appell an das Bajonett ist die ultima ratio — **wenn er im Ernste ertönt, dann wird aber auch Deutschlands größte Unglücksstunde gekommen sein!**

Ihre Ansichten über diese Ausführungen mögen sich die Leser selbst bilden.

Die Stadtgemeinde Leipzig war im Jahre 1894 mit einem Einkommen von 1128850 Mk. zur Staatseinkommensteuer eingeschätzt und hatte demgemäß eine Steuer von 40500 Mark zu entrichten. In den vorhergehenden Jahren war das steuerpflichtige Einkommen der Stadtgemeinde, das sich aus den Erträgen der Sparkasse (bez. Leihhaus) und der Gasanstalt zusammensetzt, ein bedeutend höheres. Beispielsweise war Leipzig noch im Jahre 1893 mit einem Einkommen von rund 1400000 Mark, im Jahre 1892 sogar mit einem solchen von 1653000 Mark eingeschätzt. Seitdem jedoch die Erträge der Gasanstalt zurückgegangen sind, fiel auch damit das steuerpflichtige Einkommen. Im Jahre 1893 befand sich übrigens die Stadt Leipzig auch unter denjenigen, die wegen zu hoher Einschätzung reklamierten. Es erfolgte daraufhin eine Ermäßigung von 8 Klassen, was mit der Rückzahlung eines Steuerbetrages von 1350 Mark verbunden war.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder, mitgeteilt durch das Patentbureau von Ed. Breslauer, Ingenieur, Leipzig, Goethestraße 1. Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 2. November 1895 Einspruch erhoben werden. Kl. 32. Glas: A. Freystadtl-Zwickau, Damaszierverfahren für Glasgegenstände. — Kl. 47. Maschinenelemente: Emil Hermann Nacke-Kötitz b. Coswig, Schieber mit besonderer Anpressung gegen die Dichtungsfläche; zus. z. Pat. 81857. — Kl. 50. Müllerei: F. Holzhausen-Rossen, Schälmaschine mit innerhalb eines Gehäuses laufender Trommel. — Kl. 74. Signalwesen: Max Vester-Leipzig, Antwort-Signalvorrichtung mit Zeitkontrolle für Central-Weckanlagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zur Lohnbewegung der Töpfer. Zwischen den Gehilfen und den Meistern ist es zu einer vollen Einigung gekommen. Meister und Gehilfen treten für den in einigen Punkten verbesserten Lohntarif von 1891 ein und verpflichten sich zu dessen unbedingter Einhaltung. Die Annahme des 1891er Tarifs bedeutet gegen die heutigen Verhältnisse eine geringe Verbesserung.

Die streikenden Steinsetzer verbreiteten heute mittag auf den Straßen Flugblätter über die Lage des Streiks. Mehrere Verbreiter wurden von Polizeibeamten festgenommen und nach der Wache gebracht. Nach einer halben Stunde wurden sie mit dem Material wieder entlassen.

Zur Flugblattverbreitung heute abend werden die Parteigenossen nochmals aufgefordert, sich in den im Inseratenteil der heutigen Nummer angegebenen Lokalen pünktlich einzufinden.

Universitätsnachricht. Der seitherige Privatdocent an hiesiger Universität, Herr Licentiat Dr. theol. Dalman, wurde zum außerordentlichen Professor der Theologie an unserer Universität ernannt.

Rohes, ungewaschenes Obst zu verzehren ist außerordentlich Gefahr bringend, so daß nicht genug davor gewarnt werden kann. Gelegentlich einer Untersuchung konnte ein Arzt feststellen, daß das Wasser, mit dem er schwach mit Staub bedeckte Trauben abgewaschen hatte, von Tuberkelbazillen geradezu wimmelte. Von drei mit diesem Wasser infizierten Meerschweinchen, welche zu diesem Versuche dienten, gingen zwei an der Schwindsucht zu Grunde.

Aus kapitalistischem Munde eine Bestätigung des wirtschaftlichen Notstandes der arbeitenden Klassen ist eine Erscheinung, die nicht alle Tage vorkommt. In der Abendausgabe des Leipziger Tageblatts vom 23. August (volkswirtschaftlicher Teil) wird von gut unterrichteter Seite über die Lage der Brauindustrie u. a. wie folgt geschrieben:

Trotz des warmen Sommers hat der Absatz der Brauereien (einige ausgenommen) im allgemeinen eher ab- als zugenommen. Der Grund dürfte in dem zu geringen Verdienst des Arbeiterstandes zu suchen sein, denn bei reichlichem Verdienst der Arbeiterklasse wird auch viel Bier getrunken. Unsere Brauereien werden Mühe haben, den vorjährigen Absatz wieder zu erreichen.

Also trotz der geradezu tropischen Hitze dieses Sommers ein Rückgang im Konsum des Bieres, das in seinen für die Arbeiterklasse produzierten Qualitäten weit weniger den Charakter eines Genuß- als eines Nahrungsmittels hat. Daß ebenso wie die Ursachen auch die Folgen dieser Erscheinung in ihrer immer wiederkehrenden Rückwirkung auf den Produktionsprozeß die Arbeiterschaft weit schlimmer trifft als die Bieraktionäre, auf deren Beruhigung es mit der Tageblattnotiz augenscheinlich abgesehen ist, liegt auf der Hand. Daß übrigens jede allgemeine Enthaltsamkeit in der Konsumtion eines Produktes — mag sie nun eine durch die wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig hervorgerufene oder nach Eugen Richters Rezept eine freiwillige sein — dieselben gemeinschädlichen Folgen zeitigen muß, ist ebenso selbstverständlich, so daß also Eugens Spar-Agnes eine Figur ist, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ins Tollhaus verwiesen werden müßte — notabene wenn sie nicht völlig steril wäre, so daß an Nachkommenschaft nicht zu denken ist. Das wird natürlich nicht hindern, daß ihre ebenso unfruchtbaren Geistesverwandten noch weiter über die „Begehrlichkeit der Massen" zetern.

Die Leipziger Pferdebahn hat eine Länge von insgesamt 46½ Kilometern. Sie hat annähernd 1000 Pferde und 175 Wagen. Die Betriebslänge der einzelnen Linien ist Lindenau-Südfriedhof 8140 Meter, Gohlis-Connewitz 8000 Meter, Plagwitz-Volkmarsdorf 6943 Meter, Kaiser Wilhelm-Straße-Gohlis 5648 Meter, Wiesenstraße-Schlachthof 5520 Meter, Eutritzsch-Bayerischer Bahnhof 5425 Meter, Blücherplatz-Möckern 4005 Meter und Augustusplatz-Reudnitz-Anger-Crottendorf 2837 Meter.

Der Inhaber des altbekannten Hotel de Prusse (das bevorzugte Künstlerasyl von Wagner und Liszt), Louis Kraft, hat, wie die Dresdener Nachrichten melden, seine Zahlungen eingestellt.

Selbstmord. Erschossen aufgefunden wurde gestern früh auf dem Dammwege am Flutkanal ein 22jähriger Lithograph aus der Kronprinzstraße in L.-Reudnitz. Ueber das Motiv der That verlautet nichts.

Proletarierelend. Eine stellenlose Dienstmagd aus Kempten wurde gestern (Dienstag) nachmittag in der Nähe des Riebeckschen Teiches hilflos aufgefunden und in das Krankenhaus gebracht. Sie befand sich auf der Wanderschaft und war plötzlich erkrankt. Ein Mädchen auf der Wanderschaft — unsere Welt wird schöner mit jedem Tage! — Gestern wurde auf der Lindenauer Chaussee, etwas abseits vom Wege, ein etwa 40 Jahre alter kranker Mann gefunden, der angab, seit zwei Tagen nichts genossen zu haben. Die Umstehenden steuerten zu einem kleinen Geschenk zusammen, das ihn über die Not der ersten Tage hinweghelfen wird.

Schwere Brandwunden an Händen, Rücken und Knien erlitt in der Nacht zum Mittwoch ein 25jähriger Steuerbeamter in seiner Behausung in L.-Volkmarsdorf dadurch, daß beim Anzünden eines Lichtes das Hemd Feuer fing. Der Unglückliche mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Eine Messeraffaire spielte sich gestern in einem Bierlokal der Bayerischen Straße ab. Drei Arbeiter waren beim Kartenspiel in Streit geraten, der in eine blutige Messerstecherei ausartete. Dabei wurde ein Maschinenbauer durch einen Steinsetzer derart in den Leib gestochen, daß der Unglückliche schwerverletzt in seine Wohnung gebracht werden mußte.

Diebstähle. In einer Souterrainwohnung der Blücherstraße wurde gestern gegen Abend eine auf dem Tisch liegende goldene Uhr nebst Kette, sowie ein Portemonnaie mit einer größeren Summe gestohlen, während der Besitzer im Nebenzimmer schlief. — Auf einem Hofe der Nürnberger Straße kamen gestern mehrere Kisten mit Bijouteriewaren abhanden.

Kleine Mitteilungen. Der Selbstmörder, der im Monrenholze erhängt aufgefunden worden, ist als ein 44jähriger Handarbeiter aus Volkmarsdorf ermittelt worden. — Ein 28 Jahre alter Schlosser wurde gestern an der Biegung der Katharinenstraße und des Marktes von einem zweispännigen Rollwagen überfahren und erlitt hierbei mehrere Verletzungen am Kopfe. — Eine Carambolage fand gestern zwischen zwei Droschken statt, die dadurch entstand, daß plötzlich aus einer Seitenstraße eine Droschke im vollen Trab in die Frankfurter Straße einfuhr. Das eine Vehikel wurde derart demoliert, daß es außer Dienst gestellt werden mußte.

Sommerfeld. Ein Stubenbrand entstand gestern in dem Grundstück Eisenbahnstraße 1 angeblich dadurch, daß durch die Sonne auf dem Fenster liegende Streichhölzer entzündet wurden. Den Nachbarn gelang es, das Feuer zu unterdrücken, doch verletzte sich der Handarbeiter Bockisch dabei an einer Hand so, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Hirschfeld. Gestern abend gegen 11 Uhr brannte es auf dem Gute des Oekonomen Andreas. Da es fast gänzlich an Wasser mangelte, mußten die zahlreich anwesenden Feuerwehrmannschaften sich darauf beschränken, die umliegenden Gebäude zu schützen. Eine große, mit Erntevorräten gefüllte Scheune sowie ein Stallgebäude brannten vollständig nieder. Ueber die Entstehungsursache des Schadenfeuers verlautet noch nichts.

Der Stand des Steinsetzerstreiks.

Gegen die in hiesigen bürgerlichen Blättern erlassene Erklärung der Innungsmeister, und gegen die Angriffe der genannten Blätter auf die Streikenden wendet sich ein: An die Bevölkerung Leipzigs gerichtetes Plakat der streikenden Steinsetzer. Dasselbe lautet:

„Nach Verlauf von einer Woche kommen die Herren Steinsetz-Innungsmeister dazu, in den Tagesblättern auf das von uns, den streikenden Steinsetzergehilfen an die Bevölkerung Leipzigs gerichtetes Plakat zu antworten. Die in dieser Antwort gemachten Angaben entstellen aber vollständig den wahren Sachverhalt.

Wenn die Herren Meister behaupten, daß es nicht richtig sei, daß ein Stundenlohn von 45 Pf. nicht bezahlt werde, so ist darauf zu bemerken, daß zwar die Steinsetzerpoliere 45 bis 50 Pf. und mehr pro Stunde erhalten, aber nicht alle Steinsetzer, denen die Meister 1890 45 Pf. pro Stunde zu zahlen versprochen haben.

Zwischen Gehilfen und Meistern wurde 1890 ein Lohntarif vereinbart, nachdem ein Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde gezahlt und bis 48 Pfg. erhöht werden sollte.

Trotz dieser Vereinbarung zahlten die Meister bis 1891 überhaupt nicht diesen Stundenlohn. In den Jahren 1892 bis 1894 erreichte der Stundenlohn im Sommer 42 Pfennige, wurde aber im Frühjahr und Herbst dieser Jahre von den Meistern bis auf 35 Pfennige gekürzt. Im Jahre 1895 erhielten die Gehilfen bis zum Streik in der Mehrzahl 40 bis 44 Pfennige Stundenlohn und nur ein Bruchteil der Gehilfen erhielt 45 Pfennige.

Wenn die Meister „konstatieren", daß alle ihre Gehilfen mit 45 Pfg. Stundenlohn zufrieden waren, und „nur aus Angst vor dem Terrorismus des Streikkomitees die Arbeit schweren Herzens niedergelegt haben", so ist zu bemerken, daß allerdings die Gehilfen mit dem Stundenlohn zufrieden wären, aber nicht damit, daß die Meister trotz ihres Versprechens diesen Lohn mit wenigen Ausnahmen nie zahlten. Erst als die Meister auf das Schreiben der Gehilfen, das 1890 gegebene Versprechen zu erfüllen, also 45 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, nicht antworteten, traten die Gehilfen in den Streik und stellten neue Forderungen. Zur Zeit, da der Streik von der Mehrheit der Gehilfen beschlossen wurde, bestand gar kein Streikkomitee, es wurde erst nach dem Streikbeschluß gewählt, mithin konnte es auch niemand durch Terrorismus zur Beteiligung am Streik veranlaßt haben. Also nicht die Gehilfen oder die Streikkommission, sondern durch die Nichterfüllung ihres vor fünf Jahren gegebenen Versprechens und der Nichtbeantwortung des Schreibens der Gehilfen haben die Meister den Ausstand verschuldet.

Nach dem Gesagten richtet sich auch der Vorwurf der Meister, die Gehilfen wären „leichtsinnig in den Streik eingetreten", weil sie das Angebot der Meister, den Lohn im Herbst für das nächste Jahr zu regulieren, nicht beachtet hätten. Es handelte sich zunächst um den 1890 vereinbarten Lohn und den konnten die Meister jetzt zahlen, da brauchten sie nicht erst den Herbst abzuwarten, wo die meisten Arbeiter entlassen sind und ein Verhandeln mit der Gesamtheit nicht möglich ist. Wer in fünf Jahren sein Versprechen nicht erfüllt, der kann keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen.

Die Berliner, Hospital- und Nürnberger Straße sind nicht vor dem Streik fertiggestellt, sondern die Berliner Straße ist vor dem Streik von auswärtigen Steinsetzern zum Teil fertiggestellt worden, und in der Nürnberger Straße waren vor Eintritt in den Streik kaum 50 laufende Meter gepflastert. Rühmten doch selbst die Meister in den Tagesblättern, daß die Nürnberger Straße trotz des Streiks durch Nichtstreikende fertiggestellt werde. Aehnlich steht es mit der Hospitalstraße.

Die in nicht mißzuverstehender Absicht in hiesige Tagesblätter lancierte Notiz, daß streikende Steinsetzer in der Hospitalstraße ein Stück neues Pflaster aufgerissen, eine Baubude und Baumaterialien demoliert haben sollen, ist ein Produkt freier Erfindung und nur darauf berechnet, die streikenden Steinsetzer in der Achtung der Bevölkerung herabzusetzen.

Die streikenden Steinsetzergehilfen haben alles gethan, um den Streik zu vermeiden, bezw. um ihn in Güte beizulegen, und nur das Verhalten der Meister hat diese Bemühungen zu nichte gemacht.

Die Streikenden kämpfen um die Erhaltung ihrer Gesundheit, ihrer Familie, der Existenz und ihre Ehre. Darum richten wir an die Bevölkerung Leipzigs nochmals die Bitte, uns ihre Sympathie zu wahren und alle über uns kommenden Publikationen genau auf ihren wahren Wert zu prüfen.

Die streikenden Steinsetzer.
J. A.: R. Franke.

Die Lohnbewegung der Maler.

In der heute im Pantheon abgehaltenen Versammlung der Streikenden gab der Malergehilfe Grüner den Bericht. Danach haben weitere 8 Unternehmer die Forderungen durch Unterschrift bewilligt, sodaß gestern weitere 116 Gehilfen die Arbeit nach den neuen Bedingungen aufnehmen konnten, bezw. abreisten. Im ganzen haben bis jetzt 46 Unternehmer die Forderungen anerkannt und da es meist größere Firmen sind, so konnten bisher gegen 450 Gehilfen die Arbeit nach den neuen Bedingungen aufnehmen. Aus diesem Umstande erklärt sich auch die Abnahme der Versammlungsbesucher in den Streikversammlungen. In der Debatte wurde noch erwähnt, daß gerade die Firmen, die sich sehr gegen die Bewilligungen sträubten, kapituliert haben.

Die große Zahl der Meister, die bewilligt haben, spricht nicht sehr für die vielgerühmte Einigkeit der Innungsmeister. Ein größerer Unternehmer hat erklärt, daß die großen Firmeninhaber in den Innungsversammlungen von den Kleinmeistern überstimmt worden sind, sonst hätten sie längst bewilligt.

Es wurde einstimmig beschlossen, an den Forderungen festzuhalten. Ebenso werden bei etwaigem Nichteinhalten seitens der bewilligten Firmen die arbeitenden Kollegen aufgefordert, die Arbeit sofort niederzulegen, des weiteren die Werkstellen, die den Tarif nicht bewilligen, zu sperren.

Die Meister lassen nichts unversucht, um von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen. So enthält die gestrige Saalezeitung ein Inserat der Leipziger Maler- und Lackiererinnung folgenden Inhalts: Tüchtige Maler- und Lackiergehilfen finden dauernde Arbeit in Leipzig. Zu erfragen Arbeitsnachweis der Innung, Schulstraße 1b, der Bauhütte, mittags von 11 bis 12 Uhr. Ed. Grüner, Obermeister.

Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Unger, der sich in einem Anfall von Nervosität aus dem Fenster gestürzt hat, erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen.

Eine weitere Versammlung findet, um den Arbeitenden Gelegenheit zu geben, zu den gefaßten Beschlüssen Stellung zu nehmen, am Freitag abend im Römischen Hof, Mittelstraße, statt.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 3. September.

Die Folgen der socialen Gesetzgebung. Der § 82b des Krankenversicherungsgesetzes bedroht denjenigen Arbeitgeber mit Gefängnis- bezw. Geldstrafe, der die den von ihm beschäftigten Arbeitern abgezogenen Versicherungsbeiträge in der Absicht, sich oder einen dritten einen Vermögensvorteil zu verschaffen, der Orts- bezw. Gemeindekrankenkasse vorenthält. Gegen diese Bestimmung hatte der 37 Jahre alte Dachdeckermeister Friedrich Oswald Keilitz aus Liebertwolkwitz insofern gefehlt, als er im September 1894 und später die seinen zwei Arbeitern und einer Kinderfrau abgezogenen Versicherungsbeiträge in Höhe von 4 Mk. 26 Pfg. trotz Mahnung und Pfändung nicht an die Gemeindekrankenkasse Liebertwolkwitz ablieferte. Recht drastisch für die mißliche Lage der Kleinhandwerker war die Entschuldigung des K. Er erklärte, daß es ihm stets nur möglich gewesen sei, den Lohn abzüglich der Beiträge zum Lohntage zusammenzutreiben. Die Ferienstrafkammer B berücksichtigte diesen Umstand für K. strafmildernd und verurteilte ihn zu 24 Mark Geldstrafe eventuell 8 Tagen Gefängnis.

Vereine und Versammlungen.

Versammlung des Gewerkschaftskartells am 2. September im Universitätskeller. Der 1. Punkt der Tagesordnung: Antrag der Schneider betr. Schulz, endet nach lebhafter Debatte resultatlos. Zum 2. Punkt: Antrag der Brauer, wird nach einem Bericht Steckleins, der in scharfer Weise das Vorgehen der Bundesgesellen gegen die organisierten Arbeiter mit Unterstützung der Brauereien, vornehmlich der Plagwitzer, kritisierte, beschlossen, eine Kommission von 3 Personen zu wählen, um hierin Wandel zu schaffen. Gewählt werden Stecklein, Schmidt und Letzner. Auch Punkt 3: Antrag Klein betr. Aenderung des § 1 Abs. b, rief lebhafte Debatte hervor, der mit Annahme des Antrages gegen 6 Stimmen endigte. Der betreffende Paragraph wird aus dem Statut gestrichen. Zum 4. Punkt ist betreffs des Steinsetzerstreiks das wesentliche aus der Volkszeitung bekannt. Hervorzuheben ist nur, daß am Sonntag während der Kirchenzeit am Johannisplatz gearbeitet worden ist, sowie die eigentümliche Stellung des Rates der Stadt Leipzig den Streikenden gegenüber. Es ist den Unternehmern die Karenzzeit zur Fertigstellung der Arbeit verlängert worden. Wie der Verkehr hierunter zu leiden hat, bedarf keiner Ausführung. Es wurde beschlossen, in einer öffentlichen Versammlung die Sache zur Sprache zu bringen und den Gewerkschaften anheim gegeben, sich die Textilarbeiter als Vorbild zu nehmen, die pro Person und Woche 25 Pfg. für die Steinsetzer zahlen. Auf eine Anfrage erklärt der Vorsitzende Schmidt, daß ihm eine Antwort auf seine Beschwerde betr. Nichtanerkennung der Beschwerdekommission des Kartells für das Fabrikinspektorat Leipzigs seitens des Stadtrates Büttner dahin gegeben worden ist, daß die Beschwerdekommission als Denunzianten betrachtet würden („gemeine Bewegung) und demnach die Beschwerde verworfen sei. Mehrere Redner forderten zur energischen Maßnahme den Vorstand auf gegen diese Beleidigung der Arbeiterschaft Leipzigs. In einer öffentlichen Versammlung soll die Angelegenheit zur Sprache gebracht werden. (Anm. d. Red. Vermutlich liegt hier ein Mißverständnis vor. Jedenfalls ist in dem Schreiben ausgedrückt, daß der Rat die Beschwerdekommission nicht als solche anerkenne, sondern ihre Anzeigen wie jede andere private Denunziation behandeln werde. Sollte sich allerdings die Auffassung des Kartells bestätigen, so wäre die Aeußerung des Rates noch weit schärfer zu verurteilen.) Angenommen wurde noch folgender Antrag: „In Erwägung, daß das Gewerkschaftskartell die Interessen der gesamten Arbeiterschaft Leipzigs zu vertreten hat, in fernerer Erwägung, daß die Thätigkeit des Kartells eine seiner Aufgabe entsprechende wichtige ist, beschließt die Versammlung: Die das Kartell anerkennenden Berufe aufzufordern, bei den bevorstehenden Neuwahlen der Delegierten nur geeignete Vertreter ins Kartell zu entsenden, damit dieses in den Stand gesetzt wird, voll und ganz seiner Aufgabe gerecht zu werden."

Stötteritz. (Mitgliederversammlung des Arbeitervereins.) Nach Eröffnung der Versammlung gedenkt der Vorsitzende in ehrenden Worten unseres unvergeßlichen Vorkämpfers Ferdinand Lassalle, zu dessen Andenken sich die Anwesenden von den Sitzen erheben. Aus dem hierauf folgenden Gemeindebericht ist hauptsächlich zu verzeichnen das wohl vielen Einwohnern nicht bekannte Vorhandensein einer Klingel am hiesigen Postamt, welche zur Beschaffung ärztlicher Hilfe durch den Herrn Postverwalter bei des nachts sich ereignenden größeren Unglücksfällen bestimmt ist. Die Klingel ist durch eine Tafel mit entsprechender Bezeichnung kenntlich gemacht. Die Gemeindekassen wurden einer Revision unterworfen, die irgendwelche Mängel nicht ergab. Verhandelt wurden ferner die Urlaubsgesuche des Herrn Gemeindevorstandes, der Gemeindebureaubeamten sowie der beiden Schutzleute. Von seiten des Sedanfestkomitees lag dem Gemeinderat ein Gesuch vor um Ueberweisung von 100 Mark aus Gemeindemitteln zur teilweisen Deckung der vom betr. Komitee arrangierten Festlichkeiten. Ein Antrag auf Bewilligung dieser Summe fand leider mit 7 gegen 5 Stimmen Annahme. Hierzu nahm die Versammlung Stellung, indem sie eine Resolution annahm, die sich mißbilligend über diese Geldbewilligung aussprach. Zum 2. Punkt der Tagesordnung kam der Agrarprogramm-Entwurf zur Verhandlung. Die hierüber stattgefundene längere und sehr lebhafte Diskussion hat jedoch ihren Abschluß noch nicht gefunden.

Versammlungskalender.

Donnerstag: **Socialdemokratischer Verein Leipzig-Süd.** Gambrinus zu Connewitz. Abends halb 9 Uhr. T.-O.: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag: Das Leben und Wirken Lassalles. 3. Politische Rundschau. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Steinarbeiter. Volkshallen. Abends halb 9 Uhr. T.-O.: 1 Gewerkschaftliches. 2. Abrechnung vom Sommerfest.

Einwohner-Versammlung. Pantheon. Abends halb 9 Uhr. T.-O.: 1. Die Lage des Steinsetzerstreiks und das Verhalten der Behörde zu dem Steinsetzerstreik. 2. Bericht der Beschwerdekommission für die Gewerbeinspektion. 3. Diskussion. Referent: Herr R. Kyssl aus Berlin.

Freitag: **Metallarbeiter.** Volkshallen, Kreuzstr. Abends halb 9 Uhr. T.-O.: 1. Der Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Referent Kollege C. Breder aus Augsburg. 2. Bericht und Neuwahl der Delegierten vom Gewerkschaftskartell. 3. Diskussion.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Von Nah und Fern.

Dresden, 4. September. In vergangener Nacht brach in dem Hause der Witwe Franke in Obernaundorf bei Rabenau Feuer aus, wobei ihr Schwiegersohn, der Polier Garbe, mit Frau und Kind in den Flammen umkam.

Berlin, 4. September. Der militärischen Luftschifferabteilung ist jüngst ein Unfall zugestoßen. Die Abteilung, die gegenwärtig in Altdamm einquartiert ist, hatte sich nach der Höckendorfer Feldmark begeben, um einen Fesselballon dort aufsteigen zu lassen. Etwa hundert Mann hielten den Ballon, als plötzlich die Haspel sich aus ihrer Befestigung losriß, und der Ballon ungefähr 80 Meter hoch emporschnellte. Hierdurch wurden die den Ballon haltenden Mannschaften heftig zur Erde geworfen, die freigewordenen Leinen schlangen sich bei acht Mann um Leib, Arme und Beine, und die Leute wurden so von dem Koloß mit fortgerissen, fortwährend gegeneinander schlagend. Der in der Gondel des Ballons befindliche Offizier besaß jedoch noch so viel Geistesgegenwart, daß er sofort das Ventil öffnete, wodurch der Ballon in der Altdammer Forst zwischen Bäumen landete, und die acht gefährdeten Leute aus ihrer unangenehmen Lage befreit werden konnten. Glücklicherweise hatten sie nur leichte Verstauchungen und Hautabschürfungen erlitten. — Ein grober Unfug ist am Abend des Sedantages an verschiedenen Stellen der Stadt verübt worden. Eine sehr große Anzahl von öffentlichen Anschlagsäulen, zumeist im Westen, aber auch im Norden, sind angezündet worden und zumeist bis auf die eisernen Säulen abgebrannt. In der Potsdamer Straße wurden sämtliche Säulen von der Steglitzer Straße westlich angesteckt, auch einige in den Nebenstraßen; in der Chausseestraße von der Ecke der Tieckstraße an eine größere Anzahl nördlich belegener Anschlagsäulen. Die Polizei hält dafür, daß es sich um eine Ausschreitung halbwüchsiger Burschen handelt und daß die Anwendung von Petroleum zur Befeuchtung der bis zur Stärke von einigen Centimetern übereinander geklebten Zettel nicht stattgefunden hat. Infolge der anhaltenden Hitze sei das Papier so trocken geworden, daß es sofort aufloderte, wenn man es ansteckte. Von Augenzeugen, die dem Brennen der Säulen im Norden beiwohnten, wird der Frankfurter Zeitung mitgeteilt, daß es halbwüchsige Burschen von 17 bis 18 Jahren waren, etwa fünf an der Zahl, die dort die Säulen ansteckten, indem sie einfach Papier loslösten und die Streichhölzer dran hielten. In vielen Fällen löschte die Polizei die Flammen, die hoch aufzüngelten. In anderen Fällen aber wurde die Feuerwehr gerufen. Es war ganz besonders bedrohlich, an Abenden wie dem gestrigen die Feuerwehr durch die mit Menschen und Wagen vollgepfropften Straßen zu hetzen. Verschiedene Versuche, die Burschen auch im Westen festzunehmen, mißglückten. Die Polizei war überall in den Außendistrikten zu schwach vertreten, weil zu viel Mannschaften für das Centrum abgegeben werden mußten. Die Gesamtzahl der abgebrannten Säulen wird auf fünfzig beziffert.

Die durch den **Prozeß Castan** bekannt gewordene 14jährige Gertrud Helmessen wurde, bald nachdem die Freisprechung Castans erfolgt war, von ihrem Vater in der Besserungsanstalt Siloah in Pankow interniert. Wie jetzt mitgeteilt wird, ist das Mädchen von dort entwichen. Das Mädchen hat aber die Flucht nicht allein unternommen, sondern mit ihr ist auch eine andere Frauensperson aus der Anstalt verschwunden. Der Vater hat am Sonnabend von der Tochter aus Bernau deren sämtliche Kleider zugeschickt erhalten. Es ist vollständig unerklärlich, wer das Mädchen neu eingekleidet hat. Der Vater vermutet, daß es von einer Seite geschehen ist, die Interesse daran hat, daß das Mädchen in einem bevorstehenden Meineidsprozeß nicht vernommen wird.

Stendal, 4. September. In vergangener Nacht ist das der Frau v. Bismarck gehörige Rittergut Döblin durch eine Feuersbrunst heimgesucht worden. Es brannten die Korn- und Stallräume nieder. Gegen 40 Stück Rinder, Pferde und Schweine kamen im Feuer um.

Ratzeburg, 4. September. Die Familientragödie, die sich hier abgespielt hat, ist bereits völlig aufgeklärt worden. Der zweifache Mord und Selbstmord, über den wir schon telegraphisch berichteten, ist vom Rentier Schultze aus Furcht vor geistiger Umnachtung verübt worden. Schultze, früher Straßeninspektor, wohnte mit zwei Schwestern im Domhof. Fast sämtliche Mitglieder der Familie haben an Geisteskrankheit gelitten. Schultze selbst und die eine der Schwestern waren noch geistig gesund, besorgten aber, ebenfalls dem Wahnsinn zu verfallen, und beschlossen deshalb, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Die Geschwister hatten ihre häuslichen Angelegenheiten gewissenhaft vorher geordnet und noch am letzten Tage ihre ausstehenden Rechnungen beglichen. Der Bruder bestellte einige Tage vorher bei einem Schlosser ein Grabgitter für das Familienbegräbnis.

Breslau, 4. September. Weitere Meldungen über die Vergiftung des Propstes Wodda in Friedheim besagen, daß dem Wasser, das sich der Propst aus einem Glaskännchen eingegossen und getrunken hatte, eine große Menge Strychnin beigemischt war. Der Verdacht richtet sich gegen eine Person, die jüngst Kirchengelder im Betrage von 800 Mk. unterschlagen hat; diesen Unterschlagungen war der Propst auf die Spur gekommen. Schon vor kurzem war der Versuch gemacht worden, den Propst zu vergiften, jedoch war damals die Dosis zu gering gewesen.

Koblenz, 3. September. Ein Einjährig-Freiwilliger des hiesigen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 23 hat sich im Manöverfeld auf dem Westerwalde erschossen.

Bonn, 4. September. In das hiesige Gefängnis wurden 8 Männer aus Gymnich gebracht, die einen Bewohner von Lechenich, der nachts mit zwei Mädchen von der Kirmeß in Gymnich nach Hause gehen wollte, zu Boden geschlagen und dann die Mädchen vergewaltigt hatten.

Fürth, 4. September. Bei einem in später Abendstunde ausgekommenen Schadenfeuer ist der bejahrte Polierer Petz erstickt. Vier, von ihren zum Volksfest gegangenen Eltern in der Wohnung eingeschlossenen Kinder konnten mit knapper Not gerettet werden.

Wien, 4. September. In der Ronfangruppe in Tirol stürzte der Postbeamte Weiß aus Bayreuth beim Edelweißpflücken ab und blieb sofort tot.

Konstantinopel, 4. September. Die Cholera tritt in Brussa (Kleinasien) sehr heftig auf. Die Zahl der Erkrankungen ist von 4 auf 40 pro Tag gestiegen.

San Francisco, 5. September. Nachrichten aus Japan zufolge, sind durch einen Taifun (Wirbelsturm) alle Schiffe in dem japanischen Hafen von Kuchinotsu an den Küstenriffen zerschellt worden. 36 Fahrzeuge sanken, die Mannschaften sind ertrunken. Die Stadt selbst ist arg verwüstet; auch sind hier große Verluste an Menschenleben zu beklagen. In der Provinz Gifu sind über 600 Dörfer durch Ueberschwemmung heimgesucht worden.

Letzte Nachrichten.

Wegen „Fluchtverdachts" ist die Untersuchungshaft über Genossen Pfund vom Vorwärts verhängt worden. Der Vorwärts schreibt: Der Haftbefehl bezeichnet als Grund der Verhaftung die Notiz Ein dynastisch-militärisches Fest in der ersten Beilage des Vorwärts vom 17. August 1895. In dieser Notiz erblickt die Behörde eine — Majestätsbeleidigung! Wie die Leser nachlesen können, besteht die inkriminierte Notiz aus einem Abdruck eines Artikels aus der Germania über das Nationaldenkmal und zustimmenden Erklärungen unsererseits. Wie durch den Artikel der Verdacht einer Majestätsbeleidigung erweckt werden konnte, ist uns unerklärlich zumal unseres Wissens die Germania mit Recht unbehelligt geblieben ist. Die Untersuchungshaft ist „wegen Fluchtverdachts" angeordnet worden. Dieser Fluchtverdacht wird durch die bekannte kautschukweiche Wendung zu rechtfertigen gesucht, daß die Schwere der Strafthat „eine hohe Strafe in Aussicht" stelle. Ist in der That ein Amtsrichter oder ein Staatsanwalt der Ansicht, daß Genosse Pfund ausrücken würde? Und wenn ja: weshalb ist die Untersuchungshaft wegen des am 17. August erschienenen Artikels erst am 3. September — nach der bekannten Rede des Kaisers — erfolgt? Selbstverständlich wird gegen die Verhaftung Beschwerde geführt werden.

Die Leitung des Bundes der Landwirte antwortet auf die Erklärung der Konservativen Korrespondenz (siehe Deutsches Reich, heutige Nr.) in dem Sinne, daß sie nicht den Bund von der konservativen Parteileitung, sondern diese als vom Bunde abhängig betrachtet. — Es heißt: „Der Bund der Landwirte hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er auf breiterem Boden als dem der konservativen Partei errichtet ist, und daß ihm nichts ferner liegt, als auf politischem Fraktionsgebiete fördernd oder störend thätig zu sein. Es soll nicht im geringsten in Abrede gestellt werden, daß der Bund der Landwirte bei der konservativen Partei in seinen Bestrebungen ein wohlthuendes Verständnis gefunden hat, und er wird dieser Thatsache gern so lange Rechnung tragen, als dieses Verständnis in der Partei herrschend ist und zum Ausdruck kommt."

Quittung.

Für die **Kinder** der in Essen verurteilten Genossen Schröder 2c. wurden uns zur Weiterbeförderung übergeben:

Frau K., Gießen	Mk.	5.—
Vom dummen Fritzen, Connewitz	„	1.20
A. B., Kleinzschocher	„	1.—
	Mk.	7.20
Bis jetzt eingegangen	„	195.76
Summa	Mk.	202.96

Die Expedition.

Auskunft in Rechtsfragen.

J. P. Daß die Frau noch an dem Uebel zu leiden hat, ändert nichts an der Thatsache, daß jeder Anspruch verjährt ist. Vgl. § 8 des Haftpflichtgesetzes.

C. S., Steinstraße. Die Forderung nach quartalsweiser Kündigung ist unberechtigt.

Sch. M. Der Mann kann das Geld sofort verlangen und 5 Proz. Zinsen.

Wähler. Rathaus Volkmarsdorf. S. Bekanntmachung in der Volkszeitung.

A. B. 106. Wer mit einer (unbescholtenen) unverheirateten Frauensperson den Beischlaf vollzieht, ist verpflichtet, im Falle er die Frauensperson nicht ehelichen will oder kann, eine mit Rücksicht auf ihren Stand und auf die Vermögensverhältnisse des Beischläfers nach richterlichem Ermessen zu bestimmende Entschädigung zu geben.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 5. September: 243. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß):

Der Militärstaat.

Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser u. Th. v. Trotha.

Regie: Ober-Regisseur Grünberger.

Gustav Haller, Kommissionsrat	Hr. Ernst Müller
Mathilde, seine Frau	Fr. Römer
Resi, seine Tochter	Fr. Franck
August Noromann, Gutsbesitzer	Hr. Krause
Asta, seine Tochter	Frl. Müller
Hans Vogel, Besitzer einer Chokoladenfabrik	Hr. Eißfeldt
Max Starke, Direktor	Hr. Häuseler
Döring, Sanitätsrat	Hr. Greiner
Waldemar Müller, Postsekretär	Hr. Kienscherf
Emmy, seine Frau	Frl. Rudolfi
Nettig, Inspektor	Hr. Proft
Karl Lachmann, Diener	Hr. Thiele
Bertha, Jungfer	Frl. Schröder
Eine Modistin	Frl. Friese
Buchholz, Unteroffizier	Hr. Bärwinkel
Hanke, Gefreiter	Hr. Wack
Erster Soldat	Hr. Neumann
Zweiter Soldat	Hr. Schröder
Zwei Mägde	Fr. Henning, Frl. Büttner

Zeit: Gegenwart. — Ort der Handlung: 1., 2., 4. Akt in Berlin; 3. Akt ein Rittergut bei Berlin.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 1/4 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/4 10 Uhr. **Schausp.-Preise.**

Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtags von 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 30 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Die Musketiere der Königin. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Die Nibelungen. Ein deutsches Trauerspiel in 3 Abt. von Fr. Hebbel. Neu einstudiert: Erste Abt.: Der gehörnte Siegfried. Vorspiel in 1 Akt. Neu einstudiert: Zweite Abt.: Siegfrieds Tod. Trauerspiel in 5 Akten. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 5. September.

Der arme Jonathan.

Operette in 3 Akten von Hugo Wittmann und Julius Bauer. Musik von Karl Millöcker.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Einlaß 3/4 7 Uhr. Anfang 1/2 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Gew. Preise.** Billet-Verk. a. d. Tages-Kasse v. 10 (Sonn- u. Festt. 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverk. f. d. nächst. Tag (m. Aufg. v. 30 Pfg.) v. 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Der Militärstaat. Anfang 1/2 8 Uhr. — Sonnabend: Der Obersteiger. Anfang 1/2 8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Kartoffelmus mit Wiener Wurst.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Möhren u. Kartoffeln m. Rindfleisch.

Auskunftsbureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen,

„Stadt Hannover", Seeburgstr.

Jeden Abend von 7 1/2—9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Café Ehrlich Katharinenstrasse 14, I.
Gemütlichstes Lokal der Alt-Stadt. Hochfeine Biere. Gute Küche. 3 Billards, à Stunde 30 Pfennige. Aufmerksame und schneidige Bedienung. Täglich: Freikonzert. Dir. Paul Hessel.

Pantheon. Freitag und Sonntag [6215
Große Ballmusik.
Speisen und Getränke wie bekannt.
Ergebenst ladet ein **Gustav Grosse.**

Restaurant O. Schindler Sternwartenstraße 18. Kräftiger Mittagstisch bei musik. Unterhaltung zu 50 Pfg. inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

Bitte zu beachten!
Vorschriftsmässiges Schulmaterial
Luxus- und Spielwaren
empfiehlt zu billigsten Preisen
Ludwig Siecke, Leipzig-Thonberg
Reitzenhainer Strasse 86. [5880

Gut und solid gearbeitete **Möbel, Spiegel** und **Polsterwaren** auch Teilzahlung **Tapezieren, Aufpolstern** von Sofas und **Matratzen** in und außer dem Hause bei langjähriger Garantie.
Volkmarsdorf. **Karl Uhlig** Luisenstraße 25.
6042]

H. Hesse, Blumenfabrik aus Dresden, zur Messe: Augustusplatz, 21. Reihe, empfiehlt Blumen, Blätter, Strauß- und Fantasiefedern, Perlstutzen, Makartgräser 2c.

„Stadt Hannover" Leipzig, Seeburgstrasse.
Guten bürgerlichen Mittagstisch zu 40 Pf. Allabendlich fr. Stamm i. Ausw. v. 30 Pf. an. Echt Kulmbacher (Mönchshof) à Gl. 15 Pf. ff. Crostitzer Lagerbier, 2 Gl. 25 Pf. Kleiner Saal zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Kegelbahn, pro Abend 1.50 Mk. Bier im Faß billigst. [4241
Hochachtungsvoll **Wilh. Spiess.**

Feinste Holländische Süssrahm-Margarine
Excelsior
gesetzlich geschützte Marke
aus den **Van den Bergh'schen** Margarine-Fabriken **Cleve und Rotterdam** ist das beste von allen im Handel vorkommenden Fabrikaten. [6268
Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften.

Günstiger Gelegenheitskauf von fertigen neuen Betten, Bettfedern und Daunen.
Wegen Verlegung meiner Geschäftslokalitäten am 1. Oktober d. J. von **Brühl 52** nach **Brühl 42** (Gute Quelle) gewähre, um mein großes Lager des Umzugs wegen zu verkleinern, auf sämtliche Artikel 10% Rabatt. **Einzelne Betten, Kissen etc.** zum Selbstkostenpreis.
Schlafdecken früher, Preis 4,50, jetzt 3,50 M. **Betttücher** 1,50 M, **Strohsäcke** v. 1 M an. **Holzbettstellen** mit Sprungfedermatr. 21 M **Franz. Bettstellen** mit Muschelaufsatz und Sprungfedermatratze 30 M.
Ferner offeriere **zusammenlegbare Bettstellen mit Matratzen, eiserne Bettstellen** mit doppelt. Spiralboden v. 7 M. an.
Adolf Kirschberg Nachf., Brühl 52 (Eckladen).

Liebertwolkwitz. Schuhwaren mit Kontrollmarke zu herabgesetzten Preisen. P. M. Thieme.

Rob. Röder. Mein Rohprodukten-Geschäft befindet sich Grimmaischer Steinweg 15, Goldenes Einhorn. Hole auf Bestellung auch ab.

15 000 Herren-Hosen

aus modernen, gediegenen, griffigen Stoffen, prachtvolle Dessins, vorzüglicher Schnitt, werden, so lange der Vorrath reicht, zum Spottpreise von nur M. 4,— pr. Paar (bei 2 Paar à M. 3,75) ausverkauft. Ganz gute Qualität pr. Paar nur M. 5,50 (bei 2 Paar à M. 5,20). Da sich eine so günstige Gelegenheit nie wieder bietet, sollte Jedermann einige Paar bestellen. Als Maßangabe genügt Schrittlänge. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Geldeinsendung durch:
Sigm. Pick in Dresden-Löbtau.

Monatsgarderobe.
Monatsgarderobe ist: nur v. Kavalieren abgelegte, wenig getragene u. so gut wie neue, vom feinsten Herrenmaßgeschäfte gelieferte.
Empfehle allerfeinste Frühjahrs-, resp. Sommerpaletots, kompl. Anzüge, einzelne Jacketts, Beinkleider 2c. nur Salzgäßchen 9, I.
J. Kindermann.
NB. **Fracks** und **Gesellschafts-Anzüge** auch leihweise. [5717

Bringe mein **Friseur-Geschäft** in empfehlende Erinnerung. [5527
H. Klaus, Nürnberger Straße 37 Ecke Seeburgstraße.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-18950905/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG